HALLE / LEIPZIG IV.2

ARBEITSMATERIALIEN
WORKING PAPERS
РАБОЧИЕ МАТЕРИАЛЫ

STUDIEN / STUDIES 2

Oktober / October 2005

Schrumpfende Städte – Ein Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes in Kooperation mit dem Projektbüro Philipp Oswalt, der Galerie für Zeitgenössische Kunst Leipzig, der Stiftung Bauhaus Dessau und der Zeitschrift *archplus*.

Büro Philipp Oswalt, Eisenacher Str. 74, 10823 Berlin, T: +49 (0)30 81 82 19-11, F: +49 (0)30 81 82 19-12, mail@shrinkingcities.com, URL: www.shrinkingcities.com

INHALTSÜBERSICHT / TABLE OF CONTENTS

3 VON BLÜHENDEN ZU RENATURIERTEN LANDSCHAFTEN
Ulrike Steglich

7 STADTENTWICKLUNG OHNE WIRTSCHAFTSWACHSTUM: WAS VERURSACHT SCHRUMPFENDE STÄDTE IN OSTDEUTSCHLAND
Christine Hannemann

16 SCHATTENLAND DES NEOLIBERALSIMUS
Wolfgang Kil

19 GÖRLITZ – DIE STADT, IHRE SCHÖNHEIT UND DER „UMBAU OST"
Wolfgang Kil

25 KEINE BAUKULTUR OHNE RÜCKBAUKULTUR
Wolfgang Kil

30 ÜBERFLÜSSIGE STÄDTE?
Wolfgang Kil

35 VINETA OHNE GLOCKEN
Wolfgang Kil

42 GEORDNETER RÜCKZUG
Wolfgang Kil

46 Editorische Notiz und Impressum / Editorial note and colophon

VON BLÜHENDEN ZU RENATURIERTEN LANDSCHAFTEN

Der Osten blutet aus – die Politik übt sich weiter im positiven Denken.
Dem Bild von der „blühenden Landschaft“ steht der hässliche Begriff „schrumpfende Städte“ gegenüber. Vielerorts wird eine solche Wortwahl jedoch vermieden, da sie als „abschreckend” und „politisch destruktiv“ empfunden wird. Dabei wäre es an der Zeit, Wahrheiten einzugestehen, die die davon Betroffenen längst schon ahnen oder wissen – denn sie haben den rasanten Übergang von einer Arbeits- zur Nichtarbeitsgesellschaft am eigenen Leib erlebt.

FROM FLOURISHING TO RENATURED LANDSCAPES

The image of the „flourishing landscape“, which was used by Helmut Kohl in the course of the German Unification, describing his idea of how Eastern Germany will develop, is nowadays contrasted with the nasty expression “shrinking city”. But often people avoid this choice of words as they are perceived as “deterrent” and “politically destructive”. It is about time though to admit the truth – a truth the ones affected already anticipate or know as they were experiencing the rapid transition of the working environment themselves.

Ulrike Steglich, *1967, Journalistin/ journalist, Berlin

VON BLÜHENDEN ZU RENATURIERTEN LANDSCHAFTEN
Ulrike Steglich

“Blühende Landschaften” hatte der damalige Bundeskanzler Kohl vor dreizehn Jahren den Ostdeutschen versprochen. Man kann nur spekulieren, ob Kohl, das Wirtschaftswunderkind mit der Gnade des Spätgeborenen und dem Glauben an das ewige Wachstum, wirklich so naiv war, sich eine Art verlängerter Bundesrepublik vorzustellen - oder ob er nicht einfach ahnte, dass dieser unverhoffte Zuwachs seine Kanzlerkarriere um ein paar Jahre verlängern würde.

Aber alle nach ihm machten es genauso: Sie versprachen baldigen Aufschwung. Auch wenn niemand mehr die blumige Formulierung Kohls benutzte, weil sie im Osten schon Mitte der 90er nur noch zynisches Lachen auslöste.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Innerhalb von zehn Jahren hat die Region einen radikalen Deindustrialisierungsprozess erlebt, die Arbeitslosigkeit hat sich solide bei 20 bis 25% eingependelt. Seit 1997 nimmt die Westwanderung wieder zu, insbesondere junge und qualifizierte Leute ziehen weg – der Arbeit hinterher. Die Geburtenzahlen sanken nach der Wende um ca. 70%. Die Bevölkerung schrumpft: 1990 zählte man ca. 16 Millionen Einwohner, im Jahr 2002 noch 13,6 Millionen. Das Leipziger Institut für Länderkunde hat ein worst-case-Szenario errechnet: Demnach gäbe es im Jahr 2050 nur noch 8,6 Millionen Einwohner in den neuen Bundesländern. Die sogenannte „Altlastquote“ (das ist der Anteil der Rentner) läge bei fast 60%. Von dem schönen Bild der „blühenden Landschaften“ redet niemand mehr, stattdessen macht ein hässlicher Begriff die Runde: „schrumpfende Städte“.

Am liebsten hätte die Politik das Problem gar nicht zur Kenntnis genommen, aber die Hilferufe der Wohnungswirtschaft über den rasant zunehmenden Leerstand konnten nicht mehr ignoriert werden, weshalb man tat, was man in solchen Fällen von Ratlosigkeit immer tat: Man schob Geld herüber, in diesem Fall 2,7 Milliarden Euro. Flugs wurde damit ein Abrissprogramm aufgelegt. Aber Abriss ist auch so ein unschönes Wort, weshalb das Programm jetzt „Stadtumbau Ost“ heißt.

Seither ist man vor allem damit beschäftigt, ständig neue Euphemismen zu kreieren. Für Abriss fand man u.a.: Umstrukturierung, Stadtumbau, Rückbau, Wohnungen vom Markt nehmen. Auf Foren erörtert die Fachwelt, ob das Wort Schrumpfung nicht eigentlich „abschreckend” sei, „politisch destruktiv und ungeeignet”, die Fokussierung und Reduzierung darauf „problematisch”, auch wolle man „selbsterfüllende Prophezeiungen vermeiden”. Als müsste noch prophezeit werden, was längst in ziemlich brutalen Zahlen darstellbar ist.

Stattdessen übt man sich im positiven Denken: Eine „neue Wortwahl”, „neue Begrifflichkeiten” seien notwendig – beispielsweise könnte man schrumpfende Städte besser als „neue städtebauliche Muster” verkaufen. Eine „Umdeutung der Begriffe könnte hilfreich sein” (als selbsterfüllende Prophezeiungen?). Auch müsse man den Bewohnern “positive Botschaften” vermitteln: „Die Vermittlung neuer Qualitäten oder der Aufbau einer neuen Stadtästhetik sollten im Zentrum stehen.” Bundesbauminister Manfred Stolpe macht es vor: Anfang Juni verband er bei einem Auftritt in Leipzig die beruhigenden Euphemismen mit den nächsten finanziellen Sedativa: Der „Stadtumbau” sei „auf einem guten Weg”, und es werde „weitere flexible Programme” geben. Aber natürlich solle „der Stadtumbau grundsätzlich nicht auf Abriss begründet” sein. Vielmehr gehe es um „die Attraktivität der Innenstädte”. Und deshalb halte er auch an der Eigenheimzulage fest. (Eigenheimzulage? Für wen eigentlich noch? Die Wohnungswirtschaft wird in spätestens zehn Jahren mit der nächsten Leerstandswelle zu kämpfen haben – wenn sich dort der Geburtenknick bemerkbar macht.)

Alles wie gehabt: Beschönigungen, Kleinreden, gekoppelt mit finanziellen Transfers. In den letzten dreizehn Jahren sind Milliarden in den Osten geflossen - ohne dass diese der Region erkennbar auf die Beine geholfen hätten. Teilweise dienten sie der Ruhigstellung der Bewohner, teilweise flossen sie in Investruinen, Pleiteprojekte oder einfach auf Umwegen wieder in den Westen zurück. Ob Sonderabschreibungen Ost, Investitionszulagen, BfA-Mittel für großteils sinnlose Umschulungen oder halbjährige ABM, Eigenheimzulagen oder Pendlerpauschalen - vielerorts handelt es sich um schlicht in den Sand gesetzte Gelder. Im Gegenteil verschärften sie die Probleme oft noch: Die von Stolpe so geschätzte Eigenheimzulage, weitere Förderungen im Wohnungsbau und die Pendlerpauschale beispielsweise verstärkten erheblich die Suburbanisierungsprozesse Mitte der 90er, unter denen die Städte zu leiden hatten.

Aber alle Subventionen haben nichts daran geändert, dass es im Osten vor allem an Arbeit (und nicht an qualifizierten Wohnungen oder Wohnumfeldern) fehlt, dass sich die Kommunen teuer die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen erkaufen müssen und in teils absurde Wettbewerbe darum treten, auch wenn es sich nur um eine Handvoll Arbeitsplätze handelt. Ansonsten sitzt man da und wartet: auf die Konjunktur im allgemeinen und den Aufschwung Ost im besonderen, im heiligen Infrastrukturglauben auf den Autobahnanschluss, oder darauf, dass der Umbau von Platten zu Gartenhäusern Erfolge zeitige.

Vielleicht wäre nun endlich die Ehrlichkeit geboten, auch aus Anstand gegenüber den Bewohnern ein paar bittere Wahrheiten auszusprechen: Dass dies ein Schrumpfungs- und Ausblutungsprozess ist, der lange ignoriert wurde, der nicht mehr umkehrbar ist, der schmerzhaft ist - und über den man schwerlich „positive Botschaften" vermitteln kann, weil es sie nicht gibt. Der Abriss des Nachbarhauses bleibt ein Abriss, auch wenn man ihn Rückbau nennt, und jener Görlitzer oder Wolfener, dem gerade die letzten Nachbarn oder die Kinder weggezogen sind, wird sich von Zynismen wie „Aufbau einer neuen Stadtästhetik" oder „neue städtebauliche Muster" kaum trösten lassen.

Es wäre an der Zeit, Wahrheiten einzugestehen, die die davon Betroffenen längst schon ahnen oder wissen - denn sie haben den rasanten Übergang von einer Arbeits- zur Nichtarbeitsgesellschaft in nur zehn Jahren ja am eigenen Leib erlebt. Jene Wahrheit zum Beispiel, dass „der doofe Rest" (ein nicht so alter DDR-Witz) schlicht und einfach nicht mehr gebraucht wird, zumindest von der Wirtschaft nicht. Und dass sich zwischen den (relativen) Gewinnern, die den Absprung noch geschafft haben, und den Verlierern, denen nichts anderes bleibt als in ausblutenden Vierteln zu bleiben, bittere Kluften auftun. Weil neben der Industrie auch ein gemeinsames Lebensverständnis abgewickelt worden ist.

Abseits der Suche nach beschönigenden Worten oder rein wohnungswirtschaftlichen Problemen blieben die wichtigen Fragen: Was bedeutet eine solche Schrumpfung für eine ehemalige Arbeitsgesellschaft – auch kulturell, sozial? Und wie geht jene Gesellschaft damit um, die vom Glauben an ewiges Wachstum geprägt ist? Wie geht sie mit dem Problem der zunehmenden Alterung um – ein Thema, das jetzt schon auch den Westen beschäftigen müsste. Was geschieht mit den Leuten? Mit denen, die jetzt schon „überflüssig", die „Stadtdeppen" sind? Man kann sie schlecht abreißen oder rückbauen. Und wohin gehen in ein paar Jahren die jungen, qualifizierten Leute, wenn Baden-Württemberg keine mehr braucht? Was heißt es, wenn man innerhalb von sechzig Jahren im Osten von allem nur noch die Hälfte hat bzw. braucht?
Dann könnte die Kohlsche Vision in zwanzig, dreißig Jahren doch noch wahr werden – nur ganz anders, als der Ex-Kanzler das gemeint hatte. Man stelle sich vor: Ein paar bewohnte

Restinseln, wie Dresden oder Leipzig, in einem Meer renaturierter blühender Landschaften. Entleerte Dörfer, Kleinstädte und industrielle Großsiedlungen wurden zuvor mit dem Bagger zusammengefegt (Stadtumbau Ost) und anschließend - finanziert durch weitere Förderprogramme – wiederbegrünt. Für das ohnehin versteppende Brandenburg böte sich die Nutzung als Safaripark (inklusive freilaufender Stadtdeppen) an, passend zum „Tropical Paradise", das derzeit für die Cargolifter-Hallen geplant wird. An der Ostseeküste wird flächendeckend das Steuerabschreibungsprogramm „Heiligendamm" zwecks Luxusherrichtung für Touristen gefahren. In der dann leeren Lausitz wird mit finalen öffentlichen Fördermitteln eine riesige Seniorenheimanlage errichtet, groß genug für den Rest von 8 Millionen Einwohnern. 60% davon sind Rentner, die restlichen 40% der Rückbleiber stellen das Betreuungspersonal. Und wöchentlich werden Führungen durch Industriedenkmäler veranstaltet.

STADTENTWICKLUNG OHNE WIRTSCHAFTSWACHSTUM: WAS VERURSACHT SCHRUMPFENDE STÄDTE IN OSTDEUTSCHLAND

Christine Hannemann

I. "Hoyerswerda" ist überall

Hoyerswerda, 1956 als "zweite sozialistische Wohnstadt der DDR" für die Kohle- und Energiearbeiter" des "größten Braunkohle- und Steinkohleveredlungskombinats Europas" errichtet, durchläuft seit der Wende einen dramatischen Deindustrialisierungsprozess: Tausende Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Gleichzeitig nimmt die Bewohnerschaft der Stadt stetig ab. In etwa zehn Jahren, so die Prognosen, wird die einst "jüngste Stadt" der DDR annähernd zur Hälfte von Pensionären bewohnt sein. Heute sind das zwar noch die relativ gut versorgten KnappschaftsrentnerInnen. Aber zukünftig werden jene Personengruppen überwiegen, deren Bezüge infolge Vorruhestand und jahrelanger Arbeitslosigkeit eine eher trostlose Perspektive bieten: Einkommen / Vermögen und künftige Rentenansprüche sind gering. Hinzu kommt, dass die gesamte technische und soziale Infrastruktur der Stadt angesichts der sinkenden Einwohnerzahlen überdimensioniert ist.

Wie können Stadtmütter und -väter unter diesen Bedingungen ihre Stadt entwickeln? "Was fängt man mit einem Gemeinwesen an", so der ostdeutsche Architekturkritiker Wolfgang Kil zu Recht dramatisierend, "das sich weder durch Zuzüge noch durch eigenen Nachwuchs reproduziert, also de facto zum Aussterben verurteilt ist?" Und weiter: "Was fangen die Bürger dieser Stadt mit sich an, wenn sie mehrheitlich alt und immer älter werden, zunehmend beschwert von körperlicher Mühsal und ohne finanzielle Ressourcen? Wird Hoyerswerda in zehn Jahren ein Rentnerparadies aus zweigeschossigen Hauszeilen, oder doch lieber mit alters- und pflegegerecht aufgerüsteten Hochhäusern, eingebettet in Parkanlagen mit vielen Bänken und Elektromobil-Ausleihservice, Haustierpflegestationen, die berühmte Bergarbeiter-Klinik umgerüstet zum geriatrischen Fachkrankenhaus, in der Lausitzhalle allwöchentlich Musikantenstadl und schließlich die Friedhofsgärtnerei als letzter Arbeitgeber mit garantierter Expansionsaussicht?"[1] Das sind Fragen, die sich heute in fast allen ostdeutschen Städten stellen und vielleicht auch sehr bald in den westdeutschen. Denn unabhängig von Lage, Größe, wirtschaftlicher Basis, Geschichte und administrativem Status zeigen sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wende besonders in den tief greifenden Schrumpfungsprozessen von Städten und Regionen Ostdeutschlands. Es handelt sich dabei um eine Entwicklung, die zwar schon seit der Wende offensichtlich wurde, aber erst seit November 2000 politisch und wissenschaftlich nicht mehr ignoriert wird: "Die neue Herausforderung heißt Umgang mit Schrumpfung"[2]. Und erst seit diesem Zeitpunkt werden nunmehr Möglichkeit und Notwendigkeit urbaner Rückbildungsprozesse diskutiert,[3] ist es politisch opportun, das "Schrumpfen" als neuen, folgenreichen Pfad von Stadtentwicklung auf die Tagesordnung zu setzen.

II. "Schrumpfung" als altes und neues Phänomen postindustrieller Entwicklung

Man sollte allerdings nicht meinen, das Schrumpfen von Städten und Regionen sei ein völlig unerwartetes und nicht vorhersehbares Phänomen. Der ökonomische Strukturwandel seit den siebziger und frühen achtziger Jahren offenbarte sich im Niedergang traditioneller Industrieregionen. Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung waren Krisensymptome jener Regionen und Städte, die bis dahin als Zentren des industriellen Wachstums galten. Vor allem die Verschiebung der internationalen Arbeitsteilung, ausgelöst durch den Wandel der so genannten Entwicklungsländer von Rohstofflieferanten zu Standorten industrieller Massenproduktion, verschärfte den Konkurrenzkampf auf dem internationalen

Markt. Hatte die Industrialisierung hier seit dem 19. Jahrhundert zu einem explosionsartigen Wachstum städtischer Agglomerationen geführt, so wurde nun eine Implosion dieser Räume konstatiert. Das internationale Wirtschaftsgefüge verschob zum einen die Regionalproportionen und zum anderen das Leitbild anhaltend wachsender (Groß-)Städte in den entwickelten Industriestaaten. Im Karussell politischer Krisendefinition wurde die herkömmliche Polarisierung "Stadt – Land" durch die nunmehr unterschiedlichen Entwicklungstypen städtischer Agglomerationen überlagert: "Wachstum ist also in Schrumpfung umgeschlagen. Nur noch wenige Städte haben ein stabiles wirtschaftliches Fundament […]"[4] und es entstehen "neue Entwicklungstypen von Großstädten"[5].
Obwohl das neue urbane Problem offensichtlich war, hat dies bis Ende der neunziger Jahre keine wesentlichen wissenschaftlichen und politischen Bemühungen ausgelöst. Angesichts des weitgehend ungebrochenen Festhaltens an der Gleichsetzung von Entwicklung und Wachstum in industriellen und postindustriellen Gesellschaften scheint es berechtigt zu sein, deren ideellen Hintergrund auch in einer "Wachstumsmentalität"[6] zu vermuten. Des Weiteren überlagerten nach 1989 die euphorischen Erwartungen, die in der Umbruchszeit in jegliche Entwicklungsprozesse gesetzt wurden, die Stimmen all jener, die darauf hinwiesen, dass der "Deindustrialisierungsprozess" auch Ostdeutschland treffen werde.
Angesichts der allgemeinen Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft und der besonders prekären Situation in Ostdeutschland erlebt die Forschung zu schrumpfenden Städten und Regionen derzeit eine massive Ausweitung. Hier wird die Brisanz des ausbleibenden Strukturwandels besonders deutlich. Der ostdeutsche Soziologe Wolfgang Engler warnt jedoch zu Recht vor dem Denkfehler, die deindustrialisierte Gesellschaft des Ostens mit der postindustriellen Gesellschaft des Westens zu verwechseln. Die Ursachen des Schrumpfungsprozesses in den ostdeutschen Bundesländern sind nicht in jeder Hinsicht mit denen in der alten Bundesrepublik zu vergleichen.[7]
Ostdeutsche Städte leiden an Systemproblemen, die noch aus der DDR-Zeit rühren und den Schrumpfungsprozess wesentlich mit bestimmen. Dieser ist seit 1989 eng verbunden mit den konkreten Bedingungen und Ergebnissen der gesellschaftlichen Transformation in Ostdeutschland.

III. Die sozialistische Stadt als Hypothek

Die Entwicklung der DDR-Städte vollzog sich unter den Bedingungen einer "sozialistischen Gesellschaft": staatliches Bodeneigentum, zentralstaatliche Planung und Stadtverwaltung bestimmten die Entwicklung. Es lässt sich zwar kein konsistentes Konzept einer "sozialistischen Stadt" zeichnen. Aber es gibt dennoch Merkmale der sozialistischen Stadtentwicklung in der DDR, die sich aus der – idealtypischen – Differenz zur "kapitalistischen Stadt" begründen: Die Nutzungsstruktur der Stadt sollte sich nicht aus den Verwertungsinteressen privater Grundeigentümer und wirtschaftlicher Großunternehmen sowie anderer Akteure ergeben, sondern aus übergreifenden Gesellschaftszielen, Anforderungen und Bedürfnissen. Die Ausrichtung der Wohnpolitik zielte auf die "Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem" und folgte damit einem alten Ideal sozialreformerischer Bewegung, das die Versorgung der "breiten Schichten der Bevölkerung" mit Wohnraum und die Vermeidung einer sozial segregierten Stadt beinhaltete. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Städten und im Verhältnis von Stadt und Land, ausgerichtet am postulierten Leitbild der "sozialistischen Lebensweise", sollte die Reproduktion sozialer Ungleichheit vermeiden. Hinsichtlich der Stadtstruktur galt das Ideal der kompakten und arbeitsgerechten (werktätigen) Stadt: Kleinteilige Zersiedlung und damit Suburbanisierung wurde baupolitisch verhindert, indem Stadterweiterungen im Wesentlichen nur in Gestalt industriell gebauter Wohngebiete realisiert

wurden. Systemideologie und Baupolitik waren lange Zeit von dem Glauben geprägt, die historische Bausubstanz sei in eine sozialistische Stadtgestaltung nicht integrierbar. Auch wurden die Rationalisierungseffekte des industriellen Bauens überbewertet. Dies führte zu einer Orientierung auf "Neubau" und zur Verwahrlosung der alten Stadt.
Aus heutiger Sicht stellen die Vernachlässigung der "alten Stadt", die Unterfinanzierung der Wohnungswirtschaft und die Austrocknung der kommunalen Selbstverwaltung die größten Probleme dar, welche die sozialistisch Stadtpolitik hinterlassen hat. Zudem differenzierten sich ostdeutsche Städte schon zu DDR-Zeiten in solche, die von der zentralstaatlichen Siedlungsplanung der DDR aus wirtschaftlichen, administrativen oder anderen politisch-ideologischen Gründen in der Ressourcenzuweisung bevorzugt und in solche, die bewusst nicht in diesen Kreis einbezogen wurden. In den sechziger Jahren waren neben Berlin vor allem ausgewählte industrielle Großvorhaben und entsprechende neue "sozialistische Stadtgründungen" begünstigt worden. Diese Politik musste in den siebziger Jahren zwar offiziell revidiert werden, in der Realität jedoch nahm im Lauf der Jahre nur die Anzahl der zur Förderung vorgesehenen Städte zu.[8] Diese "Bevorzugungspolitik" ausgewählter Standorte von Industrie, Administration oder Militär wurde bis zum Ende der DDR weiterfolgt. Parallel dazu entwickelte sich die Bevölkerung: Die Hauptrichtung der Wanderungsbewegungen verlief zu DDR-Zeiten von den Dörfern, wenn diese nicht zum sozialistischen Hauptdorf erhoben worden waren, über die Kleinstädte, wenn diese nicht Kreisstadtstatus hatten, dann über die Mittel- in die Großstädte.

IV. Die transformierte Stadt: Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung
Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik veränderten sich die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung Ostdeutschlands grundlegend. Die Wiedereinführung von Privateigentum an Grund und Boden, die Privatisierung volkseigener und genossenschaftlicher Mietwohnungen bei gleichzeitiger Restitutionspolitik nach dem Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung" sowie die Altschuldenregelung für DDR-Wohnungsunternehmen und die Retablierung der kommunalen Selbstverwaltung bei gleichzeitigem Austausch der lokalen Eliten sind hier die wichtigsten Stickworte. Hinzu kamen hohe Steuervergünstigungen für Investitionen in ostdeutsche Immobilienprojekte und eine schwerpunktsetzende Subventions- und Förderpolitik von Bund und Ländern gegenüber den Städten und Gemeinden. Die politischen Initiativen zur städtischen Rekonstruktion nach der Vereinigung gingen dominant von den staatlichen Instanzen aus und erzeugten in den Kommunen einen hohen Anpassungsdruck an die Vorgaben aus zentralen Förderprogrammen. Dadurch wurden bestimmte "Moden" in allen Gemeinden gleichermaßen umgesetzt, z.B. die Sanierung der DDR-Neubaugebiete wie auch Förderung des Wohnungsneubaus außerhalb der städtischen Kerne ohne Analyse des ortsspezifischen langfristigen Wohnbedarfs, oder die flächendeckende "Ästhetisierung" des öffentlichen Raumes mit den immer gleichen Lampen, Betonsteinen und Isolierfenstern.
Alle Veränderungen in den Rahmenbedingungen stehen jedoch im Bann der "Deindustrialisierung". In der Diskussion um Ursachen, Ausmaß und Folgen der allgemeinen Krise globalisierter Wirtschaftsentwicklung mit stagnierendem Wachstum wird dieser Begriff in zwei Zusammenhängen verwendet. Zum einen bezeichnet er die Tertiärisierung der Produktion (Übergang von der verarbeitenden Produktion zur Dienstleistung), zum anderen aber auch den Rückgang traditioneller Produktionsbereiche ohne deren Ersatz durch moderne Dienstleistungen oder andere Gewerbe des tertiären Sektors. Doch auch in dieser doppelten Bedeutung trifft dieser Begriff Ausmaß, Inhalt und Resultat des wirtschaftlichen Strukturwandels und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosigkeit, der demografischen Entwicklung und der urbanen Rückbildungsprozesse in den ostdeutschen Bundesländern nur unzureichend: "De-LPGsierung" (Dekollektivierung der Landwirtschaft), "De-Administrierung" und "De-Militarisierung" sind

gleichermaßen Prozesse mit erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Städte in Ostdeutschland. Ein Beispiel von vielen: Die wirtschaftliche Basis der mecklenburgischen Kleinstadt Teterow bildeten vor der Wende u.a. ein Panzerreparaturwerk, ein Kleiderwerk zur Produktion von NVA-Uniformhosen und Landwirtschaft. Außerdem war Teterow Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Heute existieren von diesen Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsfunktionen allenfalls Restbestände. Eine "Tertiärisierung der Produktion" hat nicht stattgefunden. Die Stadt Teterow versucht mit der Ansiedlung von Unternehmen der Biotechnologie eine grundsätzliche Neudefinition der wirtschaftlichen Basis, deren Erfolg zurzeit äußerst ungewiss ist.

Der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie – also die Deindustrialisierung – ist der folgenreichste und schwerwiegendste Vorgang für die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte. "Auf die Industrie entfielen im Saldo 70% des Arbeitsplatzabbaus im Gefolge der deutschen Einheit."[9] Die eruptive Marktöffnung, ein Umtauschkurs, der weit über der Kaufkraftparität lag und eine erste Annäherung von Löhnen und Gehältern an das westdeutsche Niveau verursachten den "Abschmelzungsprozess" an Arbeitsplätzen.[10]

Die Landwirtschaft war für viele Städte im ländlichen Raum nach der Industrie die wichtigste wirtschaftliche Basis. Immerhin betrug hier der Arbeitskräftebesatz in der DDR am 30. September 1985 850.000 Erwerbstätige, d.h. er war etwa doppelt so hoch wie in dem bevölkerungs- und flächenmäßig viel größeren früheren Bundesgebiet.[11] Wie in den anderen Wirtschaftsbereichen war der Anpassungsdruck an die ostdeutsche Landwirtschaft enorm, nur betrug hier der Beschäftigungsrückgang zwischen 1989 und 1993 fast 80% – es handelte sich um den größten Arbeitsplatzverlust im Vergleich aller Wirtschaftsbereiche.[12] Die Umstrukturierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zu privatwirtschaftlichen Unternehmen ist zwar wesentlich erfolgreicher gelungen als etwa im Industriebereich. Aber der Aufstieg erfolgreicher – EU-Subventionssysteme ausschöpfender – Ostagrarunternehmen erfolgte bei gleichzeitigem sozialen Abstieg von ländlichen Regionen wie der Altmark in Sachsen-Anhalt oder der Landkreis Uckermünde-Randow in Mecklenburg-Vorpommern. Die Landwirtschaft trägt heute nur noch unwesentlich zur Wirtschaftskraft einer Stadt bei.

Auf dem Territorium der DDR gab es, gemessen an ihrer Größe, übermäßig viel Militär und paramilitärischen Organisationen und Institutionen.[13] Die "bewaffneten Organe" in der DDR, die Nationale Volksarmee, die Grenztruppen, der Apparat der Staatssicherheit, sowie alle anderen paramilitärischen Organisationen und die hier stationierte Sowjetarmee hatten einen teilweise bedeutenden Anteil an der wirtschaftlichen Basis vieler Regionen und Städte, da sie nicht nur Arbeitsplätze für Militärs und Zivilangestellte bereitstellten, sondern auch Dienstleistungen aller Art nachfragten. Die fortlaufende Schließung und Zusammenlegung von Dienstposten der Bundeswehr infolge der "strategischen Neuausrichtung der Streitkräfte" setzen diesen Abbau von Arbeitsplätzen, die an Militäreinrichtungen gebunden sind, nach der Wiedervereinigung fort.[14]

Eine besondere Form der Schrumpfung in den ostdeutschen Bundesländern stellt – zwar mit deutlich geringerem, aber doch nennenswertem Anteil – der Abbau der administrativen Strukturen und Institutionen der DDR dar. Diese "De-Administrierung" betrifft zum einen den Statusverlust als Bezirks- und Kreisstadt, den viele Städte hinnehmen mussten, zum anderen den damit verbundenen umfangreichen Arbeitsplatzabbau, der durch die Abschaffung der politischen Führungsstrukturen und die Liquidation der DDR-Massenorganisationen noch verstärkt wurde.

Insgesamt ist die Entwicklung der Städte in Ostdeutschland von Funktionsverlusten und wirtschaftlichem Strukturabbau gekennzeichnet. Zentrales Problem der ostdeutschen Städte ist nicht die Transformation der wirtschaftlichen Basis, sondern ihre weitestgehende Erosion.

Infolgedessen kam es zu einer hohen Arbeitslosigkeit und einer stagnierenden bzw. rezessiven Wirtschaftsentwicklung, die bis zum jetzigen Zeitpunkt anhält. Seit 1991 hat die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ständig zugenommen und verharrt seit etwa 1997 relativ konstant bei 18 bis 19% der Erwerbsbevölkerung. Das sozioökonomische Profil der ostdeutschen Städte ist durch hohe Sozialleistungen bei geringem Steueraufkommen und einer starken Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen charakterisiert. Da der ökonomische Wandel nicht nur – wie dargestellt – durch Deindustrialisierung verursacht wird, sondern einen allgemeinen wirtschaftlichen Strukturabbau umfasst, wird hier vorgeschlagen, treffender von der "Deökonomisierung" zu sprechen. Die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte ist weitgehend frei von "Marktwirtschaft". Schaut man sich die defizitären Haushalte der ostdeutschen Städte an, wird offensichtlich, dass diese überwiegend von Transferzahlungen getragen werden. Selbst erwirtschaftete Einnahmen von der Gewerbe- bis zur Hundesteuer haben einen verschwindend geringen Anteil.

Jedoch ist nicht nur der Prozess der Deökonomisierung ein Merkmal schrumpfender Städte in Ostdeutschland. Hinzu kommt als weiteres dramatisches Problem der Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitiger Alterung der Bewohner in den Städten. Dieses resultiert aus dem Abwanderungsprozess der jungen, qualifizierten Bevölkerung in die alten Bundesländer, vorwiegend als Erwerbswanderung. Desgleichen spielen Zuwanderungsprozesse aus dem Ausland für Ostdeutschland keine Rolle. Zum anderen kam es infolge der Wendeereignisse zu einem extremen Rückgang der Geburten. Innerhalb von sechs Jahren, von 1988 bis 1994, sank die Zahl um 60%. Zwischenzeitlich stieg ihre Anzahl wieder an, kompensiert jedoch bis heute nicht die Sterberate.

Die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung verlaufen schwerpunktmäßig von Ost nach West, und das siedlungsstrukturelle Gefälle in Ostdeutschland wird verstärkt. Schließlich bewirkt der ausbildungs- und erwerbsbedingte Abgang der jungen Bevölkerung in Ostdeutschland bei gleichzeitiger Zunahme der Lebenserwartung in den fünf Ländern eine Alterung der Bevölkerung.[15]

Darüber hinaus bestimmt ein weiterer Prozess den sozialräumlichen Wandel: Seit der Wende lassen sich in und aus den ostdeutschen Städten selektive Mobilitätsprozesse beobachten, die teilweise Mustern folgen, wie sie westdeutschen Städten entsprechen.[16] Die Städte in den ostdeutschen Bundesländern unterliegen Suburbanisierung und Deurbanisierung als dominierendem Prozess des sozial-räumlichen Wandels. Einer der wichtigsten Gründe ist darin zu sehen, dass die Innenstädte durch den jahrzehntelangen Verfall als Wohnstandorte wenig attraktiv sind. Die notwendige Sanierung der historischen Bausubstanz in den Innenstädten verzögerte sich lange aufgrund von Restitution, ungeklärter Eigentumsverhältnisse und fehlendem Eigenkapital der privaten Hausbesitzer. Verschärft wurde diese stagnierende Entwicklung durch staatliche Förderung der Neuerschließung und -bebauung von Flächen außerhalb der Innenstadt. In der Folge entstanden neue städtische Räume wie Gewerbegebiete, subventionierte Wohnparks und Kleinhaussiedlungen, die eine Ausweitung der städtischen Flächen bei sinkender Nachfrage bewirkten.

In den ostdeutschen Stadtregionen wurde die Wohnsuburbanisierung das dynamisierende Element der sozialräumlichen Entwicklung. Nach einer extrem hohen Dynamik der Stadt-Umland-Wanderungen zu Beginn der neunziger Jahre, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1996/1997 erreichte, hat sich der Prozess Ende der neunziger Jahre inzwischen zwar deutlich abgeschwächt, aber er erfolgte unter den Bedingungen demografischer Schrumpfung. In der Folge erlitten nicht nur die Städte, sondern auch die Stadtregionen insgesamt deutliche Bevölkerungsverluste, welche im Gegensatz zu den alten Bundesländern nicht durch Zuwanderungen ausgeglichen werden können.[17]

Die Verschränkung von Stadt-Umland-Migration und Funktionsverlust bei gleichzeitiger Erschließung großer Randlagen ist mehr als bloße Suburbanisierung. Sie führt zu einer Reorganisation des gesamten Raumes, die man insgesamt als Deurbanisierung bezeichnen kann. War für die DDR eine kompakte Stadtentwicklung charakteristisch, so sind jetzt Dekonzentration und Dispersion die zentralen Elemente der raumstrukturellen Entwicklung. Diese Entwicklung wurde zunächst seit Anfang der neunziger Jahre durch die Ansiedlung von rand- und/oder außerstädtischen großflächigen Einzelhandelseinrichtungen und der Ausweisung von Gewerbegebieten in Gang gesetzt. Seit Mitte der neunziger Jahre lässt sich eine weitere Ausweitung dieser stadtstrukturellen Dispersion beobachten. Die Stadt-Umland-Wanderung ist kein neues Phänomen der Stadtentwicklung, aber sie erfolgt in Ostdeutschland in einer neuen Größenordnung und mit einer erheblichen Beschleunigung – und sie wirkt sozial selektiv. Die neuen Wohnangebote werden vor allem von Besserverdienenden und jenen wahrgenommen, welche die Bausparförderung nutzen können. Es entstehen sektoral und räumlich ausdifferenzierte Wohnungsteilmärkte innerhalb der Stadtregionen, die mit einer beträchtlichen sozialräumlichen Restrukturierung der Wohnbevölkerung verbunden sind.
Folgt man den amtlichen Bevölkerungsprognosen, so wird diese "Umverteilung" der Bevölkerung und der Flächen in den nächsten Jahrzehnten weiter voranschreiten: Bis zum Jahr 2025 – so die Schätzung – werden die ostdeutschen Städte bis zu 25% ihrer Bevölkerung verlieren.[18] Es entstehen neuartige Stadtregionen, die in mehr oder weniger zusammenhängende Teilgebiete zerfallen. Daneben ist die Entwicklung einer großflächigen Ausdehnung von Städten aufgrund von weiträumigen Eingemeindungen zu beobachten.
Nicht zuletzt gibt es eine Tendenz zur Verlagerung regionaler Entwicklungskräfte in städtische Randgebiete mit der Folge einer Verödung der Innenstädte. Die für die Kernstadt charakteristische Konzentration von öffentlichen Einrichtungen, Geschäftsleben und Veranstaltungen ist heute in vielen ostdeutschen Städten auf ein Minimum reduziert. Insbesondere der Durchgangsverkehr hat zu "Unwirtlichkeit" von Innenstädten und Innenstadtrandbereichen für die Wohnbevölkerung geführt. Der Verkehrslärm, so ergab die Untersuchung "Wohn-Ort-Innenstadt" aus dem Jahre 2000[19], ist das Haupthindernis für das Wohnen in der Innenstadt. Belastung der Innenstadt und Wohnen im Umland sind als Folgen der Politik das Gegenteil der offiziellen Planungsstrategie. Diese sich öffnende Schere zwischen Politikfolge und Planungsziel wurde mittlerweile realistisch als eine neue Form städtischer Siedlung, als "Zwischenstadt" (Thomas Sieverts),[20] typisiert. Ein planerischer Lösungsweg ist damit nicht benannt. Der Verlust an räumlicher Dichte, der durchaus Qualitäten des Wohnens befördern kann, wird erkauft mit einer kaum tragbaren Ausdünnung der sozialen und kulturellen Infrastruktur.

VI. Fazit: Schrumpfende Städte als neuer Normalfall der Stadtentwicklung

Noch immer wird der Schrumpfungsprozess in der beschriebenen Verschränkung verschiedener Problemlagen nicht durchgängig als gravierendes Problem vieler Städte anerkannt. Die umfangreichen Transferzahlungen überdecken teilweise die Wirkungen der ökonomischen Erosion. Vielfach wird noch versucht, Schrumpfung auf den demografischen Faktor zu reduzieren. Im Falle Ostdeutschland jedoch konzentriert sich die Debatte um "schrumpfende Städte" auf der politischen Ebene aktuell auf das von der Bundesregierung aufgelegte Programm "Stadtumbau-Ost", in dessen Kontext 262 Kommunen integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung zur Förderung von Rückbau und Abriss erarbeitet haben. Das Bund-Länder-Programm "Stadtumbau Ost" ist der erste Versuch, die anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgabe der Gestaltung von Schrumpfungsprozessen zu instrumentieren. Durch seine Ausrichtung auf integrierte Stadtentwicklungskonzepte werden städtebauliche und wohnungswirtschaftliche

Belange auf das engste miteinander verknüpft. Dies könnte zu einem für Deutschland neuen Niveau der Durchdringung von Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft führen.[21] Das Programm jedoch ist wesentlich auf Druck der Wohnungswirtschaft entstanden. Der Diskurs dazu folgt – stark vereinfacht – der Formel: Bevölkerungsrückgang = Leerstand = "Platte" = Rückbau (Abriss bzw. Wohnungsmarktbereinigung). Damit bleibt nicht nur die Deökonomisierung der ostdeutschen Städte ausgeklammert. Es werden auch gravierende Probleme des rasanten Bevölkerungsverlustes ausgeblendet, der sich eben nicht nur im Leerstand von Plattenwohnungen, sondern vorwiegend in der Verödung der Innenstädte zeigt und der mit einer dramatischen demografischen Alterung der Stadtbevölkerung gekoppelt ist. Nicht nur der prognostizierte absolute Bevölkerungsrückgang, sondern auch die Bevölkerungszusammensetzung und die Haushaltsstrukturen signalisieren mittel- und langfristig Handlungsbedarf. Zudem geriert die Verschiebung der Altersstruktur einen dramatischen Wandel der städtischen Bevölkerung; der Altersdurchschnitt der StadtbewohnerInnen wird sich deutlich erhöhen, wie es demografische Hochrechnungen nahe legen. Durch den Geburtenrückgang der Kindergeneration ist von immer weniger familiären Unterstützungssystemen für ältere Menschen auszugehen.

Der Wohnungsleerstand in den ostdeutschen Ländern ist angesichts seiner Überdimensionalität nicht mehr als vorübergehende Erscheinung zu verstehen, die etwa mit "Abriss" zu bewältigen ist. Die prognostizierte steigende Anzahl der Haushalte kann ihn ebenso wenig kompensieren, wie die EU-Osterweiterung ihn regulieren wird. Vielmehr ist er ein deutliches Zeichen für eine dauerhafte Entwicklung. Das bloße Konstatieren leer stehenden Wohnraums reicht als Zustandsbeschreibung auf die schrumpfende Stadtentwicklung nicht aus. Ein solches Verständnis engt die Entwicklung von produktiven Umgangsweisen mit diesem neuen Phänomen der Schrumpfung ein. Vielmehr müssen Ursachen in der strukturellen Verkopplung von Deökonomisierung, Depopulation und Suburbanisierung verortet werden – Entwicklungen, die zudem von Globalisierung bzw. Europäisierung und Abbau des deutschen Sozialstaates überlagert werden. Die neue Qualität der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland ist gekennzeichnet durch die Konvergenz und wechselseitige Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse. Diese erzeugen insgesamt eine Abwärtsspirale, die als strukturelle Schrumpfung alle städtischen Lebensprozesse erfasst.

Seit Ende der neunziger Jahre findet der Schrumpfungsprozess die Aufmerksamkeit von Stadtforschung und -planung, Städtebau und Architektur. Ein veränderter Diskurs begründet ein neues Forschungs- und Praxisfeld. Der Umgang mit aufgegebenen Stadtregionen der Industriegesellschaft wird daher in Ostdeutschland gewissermaßen in einer Laborsituation erforscht, deren Ergebnisse auch in den westlichen Industrieregionen relevant sein können. Ostdeutsche Städte stehen für eine Stadtentwicklungsoption, für die es keine bewährten und belastbaren Problemlösungsstrategien gibt. Stadtentwicklung ist in Deutschland wie in Europa auf die Steuerung von Wachstum und die Erneuerung von Bestehendem eingespielt. Hierfür existieren Regelungen und Instrumente, die seit vielen Jahrzehnten als verlässlich erachtet werden. Letztlich offenbart sich bei der Auseinandersetzung mit den Schrumpfungsprozessen in Ostdeutschland das Dilemma eines Modells von Ökonomie und Gesellschaftsentwicklung, das auf Wachstum basiert – ein Dilemma, das auf konstitutiv problematische Strukturen der westlichen Moderne verweist, wie sie etwa im sozialwissenschaftlichen Diskurs über "Kontinuitätsbrüche der Moderne" in den achtziger Jahren schon einmal Gegenstand der Diskussion waren. In der damals geführten Debatte um Symptome, Missbildungen und Prognosen des Übergangs von der modernen zur "postmodernen" Gesellschaft wurde – angesichts der politischen und ökonomischen Krisenerfahrungen – "Modernität" auch als hochgradig prekäres Entwicklungsziel diskutiert. Der Politologe Claus Offe hat in diesem

Diskurs explizit auf das Phänomen der Unumkehrbarkeit als konstitutives Problem der Moderne aufmerksam gemacht. Allein schon wegen der Höhe der Investitionsmittel sei in soziotechnischen Systemen wie z.B. einer Autobahn (oder z.B. der Gewerbegebieterschließung in jeder noch so kleinen ostdeutschen Siedlung – C.H.) ein außerordentlicher Revisionswiderstand sozusagen eingebaut, so Offe. Ein Autobahnbau eröffne eine Vielzahl von Optionen, verschließe jedoch für alle relevanten Zeithorizonte eine entscheidende Option – und zwar die, darauf auch verzichten zu können.[22] Im Zusammenhang mit der Schrumpfungsdebatte bekommt dieser Gedanke eine neue, wenn auch anders gelagerte Aktualität. Nunmehr müssen angesichts des eklatanten Schrumpfungsproblems zwingend Antworten auf das Phänomen der Umunkehrbarkeit gefunden werden. Eine "Null-Option", d.h. die Weigerung, sich mit diesem Problem auseinander zu setzen und sich für Handlungen zu entscheiden, die über den simplen Abriss von Plattenbauten nicht hinausreichen, ist politisch, ökonomisch, kommunal und vor allem sozial nicht mehr akzeptabel. Bisher werden in den Diskursen über nachindustrielle Wirtschafts- und Gesellschaftsformen zumeist – wenn überhaupt – die Verlierer des Strukturbruchs als Opfer thematisiert. Vorerst sind sozialstaatliche Transferzahlungen und die weitere Migration der mobilen Bevölkerung in die wirtschaftlich prosperierenden Gebiete West- und Süddeutschlands die "Lösung" des Problems. Aber der deutlich sichtbare Wandel der Siedlungsstruktur in vielen ostdeutschen Städten und Regionen führt zur Verödung ganzer Stadtteile und/oder zur Absiedlung ganzer Landstriche. Ein Programm "Stadtumbau-Ost" – bisher die einzige politische Reaktion auf diese Entwicklung – kann nur den Anlass für ein diskursiven Prozess geben, der sich intensiv mit diesem gravierenden Wandlungsprozess auseinander setzt: Die Transformation in Ostdeutschland führt in eine von ausschließlich erwerbsbezogener Arbeit freigesetzte Gesellschaft; dies zeigt Phänomene auf, die zukünftig in ganz Deutschland wirken werden.

Zuerst erschienen in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bd. 29-30, 7. Juli 2003, S. 16-24. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

Zur Autorin: Dr. phil. Christine Hannemann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie.

---

[1] Vgl. W. Kil: Was jetzt fehlt, sind wieder mal Visionen. Rede zur Verleihung des MPW-Journalistenpreises in Berlin am 30. Januar 2002 http://www.gdw.de/ausgezeichnet/journalistenpreis2001/Preisrede%20Wolfgang%20Kil.pdf

[2] So im Bericht der Kommission "Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern", erarbeitet im Auftrag des BMVBW, Berlin 2000, S. 66

[3] Versuche seitens der Stadtforschung, das Schrumpfen als empirische Realität zu benennen, stießen auf erbitterten Widerstand bei Ministerialbürokratie, Wissenschafts- und Kommunalpolitik

[4] Hartmut Häußermann/Walter Siebel, Die Chancen des Schrumpfens: Plädoyer für eine andere Großstadtpolitik, in: Die Zeit vom 22. März 1985, S. 33–37, hier S. 33

[5] Hartmut Häußermann/Walter Siebel, Neue Entwicklungstypen von Großstädten, in: Stadtbauwelt, Nr.77, H. 91, 1986, S. 1355–1361

[6] Vgl. Frithjof Hager/Werner Schenkel, Einleitung, in: Schrumpfungen: Chancen für ein anderes Wachstum, Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften, Berlin 2000, S. 3–8

[7] Wolfgang Engler, Friede den Landschaften! Zur politischen Geographie Ostdeutschlands, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, 2000, S. 872-879

[8] Vgl. Frank Werner, Die Raumordnungspolitik der DDR, Hannover 1985, hier S. 203ff

[9] Burkart Lutz/Holle Grünert, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, in: Hans Bertram/Raj Kollmorgen(Hrsg.), Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen 2001, S. 133–162, hier: S. 142

[10] Vgl. ebd., S. 139f

[11] Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Zur aktuellen Entwicklung der Agrarwirtschaft in den neuen Ländern – Bilanz und Ausblick (Referat Öffentlichkeitsarbeit), Bonn 1992, S. 5

[12] Vgl. Burkart Lutz/Holle Grünert, Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989–1993, in: Lutz Burkart u.a. (Hrsg.), Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen 1996, S. 69–120, hier: S. 108; Peter Pollack, Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-

Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", Bd. III/2. Baden-Baden 1999, S. 1429–1499, hier: S. 1468ff

[13] Vgl. Harald Bluhm, Facetten des militarisierten Sozialismus. In: Berliner Debatte Initial, 8. Jg. (1997), H. 6, S. 3–12

[14] Vgl. Das neue Standortkonzept der Bundeswehr, In: Informationen aus der Forschung der BBR, Nr. 3/2000. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, S. 9

[15] Vgl. z.B. Hannsjörg Bucher/Martina Kocks, Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose der BBR bis zum Jahr 2015, in: Informationen zur Raumentwicklung, 11/12, 1996, S. 755–772; Hannsjörg Bucher, Der Geburtenrückgang in den neuen Ländern, in: Günter Heinritz (Hrsg.), Raumentwicklung und Sozialverträglichkeit (50. Deutscher Geographentag Potsdam), Stuttgart 1999, S. 9–20; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050, Ergebnisse der 9. koordinieten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2000

[16] Vgl. Anette Harth u.a., Segregation in ostdeutschen Städten, Opladen 1998

[17] Vgl. Jürgen Aring/Günter Herfert, Neue Muster der Wohnsuburbanisierung, in: Klaus Brake u.a. (Hrsg.), Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen, Opladen 2001, S. 43–56, hier: S. 43ff

[18] Vgl. Michael Krautzberger, Wohnungsleerstand und Rückbau: die ostdeutsche Stadtentwicklung, in: Raum, H. 44, 2001, S. 40–43, hier: S. 40

[19] Wohn-Ort-Innenstadt, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam 2000

[20] Thomas Sieverts, Zwischenstadt: Zwischen Ort und Welt, Zeit und Raum, Stadt und Land, Braunschweig/ Wiesbaden 1997. (Dieses Buch, das 1999 schon in der dritten Auflage erschienen ist, hat die Fachdiskussion zum "Stadt-Umland-Problem" in den letzten Jahren am nachhaltigsten belebt und teilweise auch polarisiert. Sieverts möchte sein Buch als Aufruf verstanden wissen, sich vorbehaltlos den veränderten, also den stadtregionalen und nicht ausschließlich nur den "städtischen" Realitäten zu stellen.)

[21] Dokumentation zum Bundeswettbewerb "Stadtumbau Ost" – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen hrsg. v. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Bonn 2003

[22] Vgl. Claus Offe, Die Utopie der Null-Option, in: Johannes Berger (Hrsg.), Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren; Soziale Welt, Sonderband 4, Göttingen 1986, S. 97–117, hier: S. 104

SCHATTENLAND DES NEOLIBERALSIMUS
Wolfgang Kil
Überlegungen zum Schrumpfungsprozess ostdeutscher Städte

Alarmierende Zahlen in aller Munde: Bald anderthalb Millionen leere Wohnungen in Ostdeutschland, Tendenz immer weiter steigend, Spitzenreiter sind Leipzig (35% Leerstand stadtweit) und Görlitz (48% in der Altstadt), daneben Stendal (über 42% in den Neubauvierteln) und Halle-Altstadt (28%). Im Jahr 2000 hatte eine Regierungskommission die Daten gesammelt und als sozialpolitische Zeitbombe kaum vorstellbarer Dimension an die Öffentlichkeit gebracht: „Kommt es zu keiner wirklich drastischen Veränderung der politischen Rahmenbedingungen, dann kann der Leerstand in 10 Jahren auf zwei Millionen anwachsen“, mahnte der Bericht und schlug vor, drei- bis vierhunderttausend Wohnungen „vom Markt zu nehmen“.
Nun entspricht der Wohnungsüberhang in den Neuen Ländern jedoch keinem der typischen Stadien im sogenannten „Schweinezyklus“ aus Verknappung und Überproduktion, sondern er hat sich zur konstanten Größe mit brisanter Eigendynamik verfestigt: Da man vier vermietete Wohnungen braucht, um die Ausfälle einer leeren fünften zu kompensieren, liegt bei etwa 15 Prozent Leerstand der ökonomische Umschlagspunkt. Ab 20 Prozent wird der Konkurs nur noch zur Frage der Zeit. Anfang 2001 ist in Leipzig die erste Wohnungsgenossenschaft zusammengebrochen. Kommen solche Insolvenzen erst einmal wellenartig ins Rutschen, ist, so die Befürchtung etwa der Sächsischen Aufbaubank, eine Zerstörung des gesamten ostdeutschen Wohnungsmarktes durchaus vorstellbar.
Weder dem Wittenberger Packhofviertel oder der Görlitzer Südstadt, noch viel weniger gar Neubaustädten wie Wolfen-Nord, Schwedt oder Hoyerswerda wird man nach altvertrautem Schema, etwa durch den Ersatz von „Platte“ durch „Stadtvillen“, wirksam helfen können. Es fehlen die im „alten Westen“ bewährten Gegenindikatoren: Keine rettenden Besserverdiener, nirgends. Auch die Empfehlung, beim Abriss nicht zimperlich zu sein, weil freigelegtes Bauland werthaltiger sei als eine von unnützer Substanz blockierte Immobilie, verkennt das Wesen der Sache: Wo die Menschen davonlaufen, verlieren selbst Grund und Boden alle Heiligkeit.
Diese Krise wird sich als allein wohnungspolitisches Problem weder erklären noch lösen lassen, denn erstens ist der Leerstand kein Reflex auf die verrufene „Plattenästhetik“; in „Schrumpfmetropolen“ wie Leipzig oder Görlitz sind vorrangig die Alt- und Innenstädte betroffen. Zweitens lässt sich die Entvölkerung ostdeutscher Städte mit allgemeinen demografischen Tendenzen oder gar dem extremen Geburtenknick nach der „Wende“ nur ungenügend begründen; die eigentlich demografische Entvölkerungswelle kommt erst noch. Auch der immer wieder herbeizitierte Nachholbedarf an Eigenheimen dürfte (vom Berliner Speckgürtel einmal abgesehen) nach einem Jahrzehnt ausgebliebenen „Aufschwungs Ost“ weithin gedeckt sein; die Bewohnerverluste gehen aber ungehemmt, stellenweise sogar noch rasanter weiter. Drittens – und bezeichnenderweise – sind es vor allem bestimmte ländliche Regionen, die leer laufen, geradezu dramatisch in der Uckermark und in Vorpommern, aber auch in Teilen Mecklenburgs, in der Altmark und der Lausitz. In diesen traditionell dünn besiedelten Landschaften war zu DDR-Zeiten mit umfänglichen Industrieansiedlungen (Schwedt, Neubrandenburg, Stendal, Eisenhüttenstadt, Schwarze Pumpe) und hochtechnisierter Agrarwirtschaft massive Strukturförderung betrieben worden. Da stellt ein sich selbst überlassener Markt nun den *Status quo ante* wieder her: die im vorindustriellen Schattendasein dahindämmernde Arme-Leute-Gegend. Für viele der mühevoll aus dem Boden gestampften Industrie-Wohnstädte wird dies wohl vor allem eines bedeuten: Sie sind schlicht überflüssig geworden.
Niemals zuvor war im Westen ein Strukturwandel dermaßen planlos und ungeschützt dem Selbstlauf überlassen worden. Der nach Kräften verzögerte und kompensatorisch weitgehend

abgefederte Niedergang des „alten“ Ruhrgebiets ist mit der kollapsartigen Preisgabe der ostdeutschen Industrien in keiner Weise mehr zu vergleichen. Allein im Chemiegroßraum Bitterfeld-Wolfen-Dessau waren von 1990 bis 1993 durch wilde Abrisskampagnen, aus Gründen der Arbeitsbeschaffung oder um „jungfräuliches“ Investitionsbauland freizulegen, über 80 großbetriebliche Anlagen demontiert worden. Dabei sank die Zahl der noch irgendwie produktiv Beschäftigten unter ein Drittel der Stärke vor 1989. Wohin man auch blickt, überall ähnliche Zahlenrelationen: Dessau (Waggonbau, Chemie) hat 5.500 produktive Arbeitsplätze verloren, Görlitz (Waggonbau, Textil- und Elektromaschinenbau) sogar über 15.000. Der Anlagenbauer Bergmann-Borsig in Berlin schrumpfte von 4.500 auf 300 Arbeiter, von 8.500 im Halbleiterwerk Frankfurt/O. blieben gerade noch 160. „Von der ostdeutschen Wirtschaft blieb vielfach kaum mehr zurück als der berühmte ‚Staub von Brandenburg’“, stellt der Berliner Soziologe Wolfgang Engler in einer jüngst veröffentlichten Studie[1] fest, „der Umfang der Erwerbsarbeit sank alarmierend, von 9,7 Millionen Erwerbstätigen im Jahr 1990 auf 6,4 Millionen im Jahr 2000. Bezieht man die mehr als 400.000 Pendler, die im Westen Beschäftigung fanden, in die Rechnung ein, dann sank ihre Zahl sogar auf unter 6 Millionen.“ So stehen wir vor den Auswirkungen eines ökonomischen Wendemanövers, das sich nicht als Struktur*wandel*, sondern als rapider Struktur*bruch* vollzog und im Osten Deutschlands deshalb keine *postindustrielle* (wie im Westen), sondern eine *deindustrialisierte* Landschaft hervorgebracht hat. Diese beiden Gesellschaftszustände – *postindustriell* und *deindustrialisiert* – in ihrer grundsätzlichen Differenz nicht begriffen zu haben, gehört nach Engler zu den zentralen Irrtümern deutscher Vereinigungspolitik. Denn die von *Deindustrialisierung* Betroffenen erleben diesen Unterschied ganz existenziell: Sie haben keinen „Modernisierungsschub“ zu verkraften, also individuelle Neuorientierungs- oder Anpassungsprobleme zu lösen, sondern sie kämpfen, einzeln wie kollektiv, ums Überleben – weniger materiell-finanziell (das zunehmend auch) als im Sinne einer jeden Morgen neu zu findenden Rechtfertigung: Warum soll man als aktiver, mobiler und ehrgeiziger Mensch in einer Region bleiben, die sich dauerhaft auf eine Arbeitslosigkeit von 25 Prozent und mehr eingerichtet hat? In der die Bahn erst einzelne Bahnhöfe, dann ganze Strecken stilllegt, wo Sparkassen und Postfilialen reihenweise schließen, wo Ärzte und Schulen nur noch in der Kreisstadt zu finden sind, der Einzelhandel zum Erliegen kommt und – als finale Katastrophe – die letzte Kneipe aufgibt. Wenn dann die Tankstelle als Zuflucht aller Alltagsbedürfnisse übrigbleibt, soll man sich nicht wundern, dass früher oder später alle vom *Davonfahren*, vom *Abhauen* träumen. Alarmierte Regionalforscher warnen inzwischen vor einer mentalen Verinnerlichung der Krise, indem betroffene Menschen selbst von ihren Heimatorten als „sterbenden Städten“ sprechen und sich den Depressionen auswegloser Peripherisierung ergeben.[2] „Das ist wie vor ’89“, kann man selbst in noch vitalen Städten wie Hoyerswerda sagen hören, „jetzt gehen alle, die noch was bewirken könnten. Keiner will der letzte sein, der am Ende das Licht ausmacht.“

Die Krise der ostdeutschen Städte lässt sich als Muster wie Signal für das Ende einer Epoche interpretieren. An deren Beginn, im 19. Jahrhundert, hatte die industrielle Revolution wahre Völkerwanderungen auf die Suche nach Arbeit kreuz und quer durch Europa geschickt. Um das neu entstandene Proletariat zu behausen, waren in einem gewalttätigen Prozess zahllose Städte aus ihrer mittelalterlichen Beschränktheit gerissen und den neuen Produktions- und Konsumbedürfnissen angepasst worden. Heute kommen immer mehr Alltagswaren und Rohstoffe aus Ländern mit deutlich billigerer Arbeitskraft. In Mitteleuropa haben die auf Industriearbeit zugerichteten Lebenswelten somit ihre Schuldigkeit getan, was ihre neuerliche Verwandlung mit Sicherheit erwarten lässt. Nur – Verwandlung wohin?

---

[1] Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin (Aufbau-Verlag) 2002

[2] Ulf Mathiesen: Statement zum Zukunftsforum Brandenburg 2025, in: IRS aktuell, Erkner b. Berlin, Nr. 37 (Oktober 2002)

Schrumpfung als Symptom industrieller Wandlungsprozesse ist weder ein neues noch ein speziell ostdeutsches Phänomen. Als Krise der Montan- oder der Textilindustrie gibt es hierfür viele Vorbilder in England, Ostfrankreich, Belgien, den USA. Neu ist allerdings die nun erreichte Bandbreite der „Überflüssigkeit“: Nahezu das gesamte Erwerbsspektrum einer modernen Industriegesellschaft wurde als Folge der deutsch-deutschen Wirtschaftsunion 1990 vollkommen unvorbereitet zur Disposition gestellt. Selbst Städte mit einer vielfältig ausdifferenzierten Fertigungspalette blieben von den Einbrüchen nicht verschont, denn mit den jeweiligen Hauptprodukten verschwand auch die weitgefächerte Zulieferstruktur. An der ostdeutschen Situation lässt sich also einiges über das Schicksal von Regionen lernen, die für globalisierte Wirtschaftsprozesse uninteressant geworden sind: Die Entfernung der ostelbischen Tiefebene zu den prosperierenden westeuropäischen Produktions- und Innovationszentren – von Rotterdam und Lille rheinabwärts bis ans Mittelmeer – ist offenbar zu groß. Andererseits reicht dank radikaler Marktöffnung die Binnennachfrage für rentable heimische Produktionen nicht aus. Angesichts dieser Bedingungen sind alle Hoffnungen auf „Nachholeffekte“ und „Aufschwung“ in den Wind gesprochen. Eine solche Region ernährt ihre bisherige Bevölkerung nicht mehr, sie wird zum Schattenreich des neoliberalen Globalisierungsmodells.

Während in allen Diskursen über zukünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsformen stets nur die Gewinnerseite eine Rolle spielt, gilt den Verlierern des Epochenbruchs selten die nötige Aufmerksamkeit. In Ostdeutschland geht es aber in erster Linie um diese Verlierer, weil sie durch ihr massenhaftes individuelles Anpassungsverhalten eine zunehmend spürbare Umkrempelung der Gesellschaftsverhältnisse bewirken: Sie ziehen der Arbeit, und damit den Lebenschancen an anderen Orten hinterher. Dieser Prozess hat in einigen östlichen Bundesländern bereits eine bestürzende Dynamik gewonnen, er könnte schon bald zu einem Wandel in der Raumstruktur führen, einschließlich der Auflassung ganzer Stadtteile oder der gezielten Absiedlung bestimmter Landstriche.

Um hierbei die massenhaften individuellen Betroffenheiten und Verunsicherungen aufzufangen, sind von Planern wie Politikern vor allem soziale und kulturelle Strategien gefragt, unter Stichworten wie *Entschleunigung, Entdichtung, Verkleinerung, Vorläufigkeit, Abschied*. Solch notwendigem Leitbildwandel stand bislang entgegen, dass auf permanentes Wachstum gegründete Gesellschaften „Schrumpfung“ oder „Rückzug“ einem grundsätzlichen Tabu unterwerfen. Doch gemessen an den fundamentalen Umbrüchen zu Beginn des Industriezeitalters darf an dessen Ende eine neuerliche Infragestellung aller vertrauten Verhältnisse weder verwundern noch beirren. Im Gegenteil – die dramatische Krise der ostdeutschen Städte sollte ein weiterer dringender Anlass sein, über vernünftige Rückzugsstrategien aus der herkömmlichen Arbeitsgesellschaft insgesamt nachzudenken. Und weil Schrumpfungsprozesse von durchreisenden Bauprimadonnen weder verstanden noch bewältigt werden können, schlägt ja vielleicht endlich die Stunde der Geduldigen. Sie sind am ehesten bereit, „Neue Länder“ tatsächlich als *Neuland* zu denken, wo „Scouts und Pioniere im retardierenden Zukunftsland an den inneren Peripherien auf die ‚Rückkehr der Wölfe‘ warten und bereit sind, die Auflassungsarbeiten im Interesse des Weltklimas auf das Gewissenhafteste zu übernehmen“(Simone Hain). So könnte am Ende also der Abschied von einer Epoche noch die Wendung ins Positive finden: Die von der Industrie hinterlassenen Ländereien als Paradiese für Gärtner und Träumer, für die Kundschafter einer völlig neuen Lebensweise. Wäre das eine wirklich so erschreckende Vision?

Veröffentlicht in: Arch+ Nr. 163 (Dezember 2002)

GÖRLITZ – DIE STADT, IHRE SCHÖNHEIT UND DER „UMBAU OST“

Wolfgang Kil

Als vor einiger Zeit die Klasse Baukunst der Sächsischen Akademie der Künste Görlitz besuchte und dort im Rathaus mit Stadtvertretern diskutierte, notierte das Protokoll u.a. folgende Gesprächspassage:
Herr L., freier Architekt in Görlitz: „Es gibt bei uns ein erstklassiges Kulturleben, preiswerte Wohnungen, ein erfahrenes Gesundheitswesen, gute Verkehrsanbindungen. Alles Werte, die die Chance bieten, Rentiers in großer Zahl hierher zu holen. Rentier, das klingt nach gesichertem Einkommen, Wohlstand, Konzertbesuch, Tourismus und Dienstleistung. Notwendig wäre jedoch eine Imagekampagne im Westen für den noch immer diskreditierten Ost-Standort. Ziel sollte es sein, einen wohlhabenden Rentier, beispielsweise aus Baden-Württemberg, dazu zu veranlassen, hierher zu ziehen.“ Prof. B., Stuttgart: „Mit Baden-Württemberg fühle ich mich angesprochen. Vor die Frage gestellt, wo ich mich niederlassen soll, überlege ich, ob ich mir in Marokko ein Haus kaufe oder in Florida. Warum ausgerechnet in Görlitz?“ Prof. T., Dresden: „Erschütternd! Florida, Mallorca! So denken Fußballspieler oder Tennisspieler über die Anlage ihrer Millionen. Aber es gibt durchaus Dinge, wie die Sonnenorgel, das Schlesische Museum mit der einzigartigen Bibliothek, die einen hierher ziehen können. Leider macht die Stadt darauf nicht genügend aufmerksam. Sonst wäre Kollege B. wohl kaum auf die Idee gekommen, Görlitz mit Marokko zu vergleichen.“ Prof. W., Stuttgart: „Das ist genauso wie bei diesen Kurbädern hier im südlichen Sachsen, wo man auch die Mittelschicht, sportliche junge Menschen, anziehen will. Aber wo wird denn einer heute hinfahren, wenn er seine vier Wochen Urlaub macht? Der fährt eben nicht ins Kurbad, sondern nach Marokko.“ Prof. S., Bonn: „In diesem Spektrum müssen wir jetzt die alte Stadt sehen.“

In diesem leicht gereizten Wortwechsel einiger älterer Herren ist schon das ganze Dilemma umrissen. Görlitz an der Neiße, schönste und größte Stadt zwischen Dresden und Breslau/Wroclaw, „Perle der Oberlausitz“ und „Tor nach Schlesien“, bald tausendjähriges Juwel der Baukunst und zweitwichtigste Grenzstadt zu Polen: Görlitz steckt in einer beispiellosen Krise, und keiner weiß so recht, wie es weitergehen soll. Die Industrie hat als Daseinsfaktor nur bis zum Ausgang des 20. Jahrhunderts vorgehalten. Mit dem Ende der DDR ging nahezu die gesamte Firmenpalette verloren, insbesondere in der Textil- und Elektrobranche, und mit den Hauptprodukten verschwand auch die weitgefächerte Zulieferstruktur. Der Braunkohletagebau am südlichen Stadtrand wurde 1997 stillgelegt, vom dazugehörigen Großkraftwerk Hagenwerder, das einmal zehn Prozent des Strombedarfs der DDR deckte, sind zwei von drei Betriebsteilen bereits spurlos abgeräumt – Verlust 6.000 Arbeitsplätze. Der letzte Produzent von überörtlicher Bedeutung, der kanadische Waggonbaukonzern *Bombardier* mit derzeit etwa tausend Arbeitsplätzen, hat sich, nach den jüngsten Querelen um seine zwei anderen ostdeutschen Standorte Vetschau und Ammendorf, als eher wankelmütiger Zukunftsgarant erwiesen.
Insgesamt ist die Zahl betrieblicher Arbeitsplätze von 17.500 auf 2.300 geschrumpft, Ende 2000 hatte die offizielle Arbeitslosigkeit in Görlitz fast schon die 18-Prozent-Marke erreicht; Beschäftigungs- und Umschulungsmaßnahmen hinzu addiert, kommen real fast 33 Prozent zusammen. Schon die geographische Lage ist kompliziert. Durch die Grenzziehung 1945 hatte die Stadt ihr gesamtes östliches Hinterland verloren. Von Süden und Westen her machen heute die historisch ebenfalls attraktiven Nachbarn Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau Konkurrenz, denen hat Görlitz als „Mittelzentrum im oberzentralen Städteverbund“ etliche der lukrativen Landesverwaltungen überlassen müssen. Was ökonomisch aus der Region wird, wenn die EU-Außengrenze nach Polen fällt, darüber haben Experten alle Spekulationen

eingestellt. Für die Euro-Region *Neiße,* das Dreiländereck zwischen Hoyerswerda und Kamenz in Sachsen, Hirschberg/Jelenia Gora in Polen und Reichenberg/Liberec in Tschechien, rechnen Optimisten mit Synergieeffekten. Doch garantieren mag die heute keiner mehr. Viele fürchten den endgültigen Absturz, wenn Brüssel seine Förderprioritäten neu verteilt, eine „Austrocknung zur Transitwüste zwischen den eigentlichen Boomregionen des Westens und den künftigen Wachstumszentren Osteuropas"[1] halten Skeptiker inzwischen für möglich.

Gründerzeiten

Bislang hatte Görlitz immer Glück gehabt. Im Unterschied etwa zu Dresden oder Chemnitz hatte es keinerlei Kriegszerstörungen gegeben, weshalb die 930 Jahre alte Stadt eine ziemlich kontinuierliche Entwicklung aufweist. Wichtigster Schub war die Industrialisierung, welche der seit 1815 zu Preußen gehörenden Garnison (1810: 8.000 Einwohner) innerhalb des 19. Jahrhunderts eine Verzehnfachung der Bevölkerung bescherte (1910: 80.000 Einwohner). Seit jener Zeit bestimmten Schienenfahrzeuge und Elektromaschinen das Image der Arbeitsstadt. In Erwartung einer grandiosen Zukunft wurde 1847 weit draußen auf freiem Feld ein großer Bahnhof errichtet und der Zwischenraum zur alten Stadt mit respektablen Wohn- und Geschäftsstraßen aufgefüllt. Im Zuge dieser luxuriösen „Gründerzeit" verlagerten sich die Gewichtungen, seitdem hat Görlitz zwei Zentren. Zum einen die „Altstadt" – mit Ober- und Untermarkt, Wehrtürmen, Bastei „Kaisertrutz", spätgotischer Stadtkirche hoch über dem Neißeufer, mit Rathaus, Renaissance-Hallenhäusern und barocken Stadtpalais eine touristische Sehenswürdigkeit von europäischem Rang. Zum anderen die „Gründerzeitviertel" als Einkaufs- und Flanierareal von erstaunlicher Ausdehnung und Geschlossenheit – mit herrschaftlichen Bank- und Geschäftsbauten, bedeutenden Schulen und imposanten Kasernen, einer beschwingten Ladenpassage von 1911, einem gravitätischen Stadttheater, einer sehenswerten Stadthalle von Bernhard Sehring (1906-10), mit dem saftigsten Brunnenkitsch der Kaiserzeit sowie dem wohl schönsten noch erhaltenen Jugendstil-Warenhaus Deutschlands.

Zu DDR-Zeiten war am überkommenen innerstädtischen Bestand kaum etwas verändert worden, aber natürlich hatte auch Görlitz unter der notorischen Vernachlässigung zu leiden. In der Altstadt verkamen Häuser in so bestürzendem Ausmaß, dass die Zahl der Abrissbrachen mit den Jahren immer bedrohlicher wuchs. Alles Bauen jener Jahre fand vor den Toren statt, zuerst in Weinhübel an der südlichen, ab den Siebzigerjahren forciert an der nördlichen Peripherie. Insbesondere dort, in Königshufen, sorgten 6.000 Neubauwohnungen in Plattenbauweise für eine Korrektur der inzwischen arg gestreckten Stadtfigur, weil durch sie die Altstadt wieder in ihre gebührend zentrale Lage rückte.

Die „Wende" ersparte den Görlitzern nicht nur die Sprengung einiger verfallener Wohnstraßen, sie bescherte ihnen auch eine „Zweite Gründerzeit". Nachdem die Deutsche Stiftung Denkmalschutz nebst anderen einflussreichen Gremien und Personen aus dem Westen ihre Begeisterung für die fast vergessene Schöne so ganz weit im Osten entdeckt hatten, ergoss sich ein wahrer Geldregen über die Stadt. Allein in die vier innerstädtischen Sanierungsgebiete sollen, Privatkapital inbegriffen, nahezu 350 Millionen Euro geflossen sein. Schon bei den ersten Renovierungen war unterm rußigen Grau der Nachkriegsjahrzehnte eine solche Pracht zum Vorschein gekommen, dass fortan nichts leichter schien, als steuersparende Anleger für den Kauf von Wohnungen in Görlitz zu gewinnen. Wohl keine ostdeutsche Stadt hat eine derart umfassende Generalrenovierung erlebt. Bis weit in die Südstadt jenseits des Bahnhofs simulieren noch in Nebenstraßen pastellfarbene Vorderhäuser ehemaliger Mietskasernen und bürgerliche Beamtendomizile das so beliebte wie trügerische Klischee von der „guten alten Zeit".

Exodus

Doch Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht. Diese „Zweite Gründerzeit" war gar keine, denn *gegründet* wurde ja nichts, im Gegenteil, der angestammten Industrie ging es heftig an den Kragen. Und während die alten Arbeitsplätze immer weniger wurden, neue aber nicht wie erwartet auftauchten, setzten drei Bewegungen nahezu gleichzeitig ein: Besserverdienende Familien mit Kindern (und staatlich geförderten Bausparverträgen) zog es in die Eigenheimstandorte der umliegenden Dörfer. Diese Verluste vermochten auch weitreichende Eingemeindungen 1994 und 1999 lediglich statistisch zu bremsen, denn wer erst mal draußen wohnt, und zwischen Stadtrand und Autobahnzubringer die üblichen Einkaufsparadiese vorfindet, der bleibt der Stadt dauerhaft als Alltagsnutzer verloren. Jener Kaufkraftabzug hat merklichen Anteil daran, dass in der Altstadt derzeit nicht nur massenhaft Wohnungen leer stehen, sondern in den aufwändig restaurierten Bürger- und Handelshäusern eine neuerliche Handelsstruktur nicht so recht auf die Beine kommt.

Zugleich begann sich speziell die Innenstadt zu entleeren. Weil hier die Wohnungen nicht nur besonders groß[2], sondern auch schwer auf heutige Wohnbedürfnisse anzupassen sind, und weil häufig der Modernisierungsaufwand unter Denkmalschutzauflagen die Kosten selbst bei Förderung ziemlich in die Höhe trieb[3], war derart aufwändig wiederhergestellter Wohnraum für die bisherigen Bewohner oft kaum noch erschwinglich. Das betrifft nahezu alle ostdeutschen Innenstädte und führt, selbst in kontrollierten Sanierungs- und Milieuschutzgebieten nur mäßig gemildert, regelmäßig zur Gentrifizierung, solange zahlungskräftige Neumieter nachdrängen. Bleiben die aus, versuchten bisher die meisten Anleger, ihre Investition durch Abwarten zu retten – mit dem Ergebnis immer dauerhafteren Leerstands. Und dann kommt noch eine ausgeprägtere Preissensibilität hinzu: Nach Erfahrung sächsischer Kreditinstitute beginnen ostdeutsche Mieter angesichts des jetzt erreichten Überangebots bereits bei einer Mietsteigerung ab 5 - 10 Cent/m_ über einen Wohnungswechsel nachzudenken, während die „Umzugsschwelle" im Westen zehn mal höher liegt.

Die dritte Gruppe machte sich verstärkt seit 1997 bemerkbar, statt Abwanderer sollte man sie besser Auswanderer nennen: Vornehmlich junge, gut ausgebildete und motivierte Facharbeiter und Studienabsolventen geben sich in ihrer Heimatregion keine Chance mehr und ziehen davon, der erhofften Karriere oder einfach nur einträglicher Arbeit hinterher, zumeist in den Süden oder Südwesten der alten Bundesrepublik. Auch mit diesem Prozess liegt Görlitz voll im Trend, weisen doch sämtliche Wirtschaftsdaten das Jahr 1996 als den Höhepunkt der „nachholenden Entwicklung" Ostdeutschlands aus. Danach beginnen Investitionen, Produktivität, Bruttoinlandsprodukt und Einkommen wieder zu sinken, die strukturelle Arbeitslosigkeit verfestigt sich in strukturschwachen Regionen auf hohem Niveau. Umfragen vermelden ab 1997 in den Neuen Ländern eine Zunahme resignativer Stimmungen.

Rechnet man zu diesen Wanderungsverlusten noch den allgemeinen Geburtenrückgang hinzu, kommt man für Görlitz auf ein wahrlich deprimierendes Szenario: Die Stadt, in der am Ende des Zweiten Weltkriegs rund 100.000 Menschen Obdach gefunden hatten und die ab den Sechzigerjahren sich bei 80.000 bis 85.000 gut einrichten konnte, ist inzwischen bei 60.000 angekommen: In den letzten zehn Jahren hat sie 17 Prozent, also mehr als jeden sechsten ihrer Bewohner verloren. Eine detaillierte Prognose rechnet für das Zieljahr 2015 mit einer Einwohnerzahl von 52.000 – und das nur, wenn die Abwärtstrends so moderat bleiben wie bisher.

Auch wenn die Leute gehen, die Häuser bleiben da. Vor etwa zwei Jahren schrillten die Alarmglocken: Mit 48,3 Prozent Leerstand in der Altstadt (bei 27 Prozent für die Gesamtstadt) nahm Görlitz einen Spitzenplatz unter den vom Exodus geplagten Städten Ostdeutschlands ein.[4] Und die Neubaugebiete Königshufen und Weinhübel widerlegten mit

ihren jeweils „nur" zehn Prozent Leerstand das gängige Vorurteil von der Unbeliebtheit der „Platte" in schon grotesker Umkehrung. Genauere Analysen lassen für einzelne Stadtgebiete unterschiedliche Entwicklungschancen erwarten. Die guten Nachrichten zuerst: Es gibt wieder Zuzüge in der Altstadt und den zentralen Gründerzeitquartieren, langfristig könnten bestimmte Gruppen – Singles, junge Paare, Hochqualifizierte – eine Stabilisierung der jetzt noch gefährdeten Denkmalbereiche bewirken. Deutlich beliebt ist die Nicolaivorstadt, eine nördlich der Altstadt gelegene Senke mit kleinen Hauseinheiten in pittoresken Kleinstadtstraßen. Dort kommt auf ein Haus eine Familie (maximal mit Einliegerwohnung), was gewissermaßen Reihenhausqualität in City-Nähe ergibt, die für potentielle Häuslebauer interessant zu sein scheint.
Doch dann die schlechte Nachricht: Die Beliebtheit der Plattenbaugebiete erweist sich leider als eindimensionale Begeisterung. Es sind die Alten, die unbedingt dort bleiben wollen, Jüngere fühlen sich emotional längst nicht so gebunden, und von außen kommt so gut wie keiner mehr hinzu. Überalterung wird schon sichtbar, auf längere Sicht wird sie wohl das Ende der Siedlungen besiegeln: Sie werden aussterben. Trotzdem können die Stadtplaner kaum steuernd eingreifen, denn dafür bräuchten sie Partner, die zur Kooperation bereit sind. Doch die einzig relevanten Großeigentümer – die kommunale Gesellschaft, die Genossenschaft und ein privater Zwischenerwerber – agieren ausschließlich in der „Platte" und werden von diesen noch leidlich gut besetzten Beständen für Abrisse freiwillig nichts hergeben. Denn es liefe auf ihre existenzielle Auszehrung hinaus: Erst beim völligen Verzicht auf sämtliche Plattensiedlungen käme der Nachfragedruck zustande, den die Innenstadt inzwischen zu ihrer Revitalisierung nötig hat. Die Situation ist verfahren: Was Bund und Land dringend empfehlen – Vernichtung überzähliger Wohnungen – wäre wohl am ehesten dort „draußen" vorstellbar, ist aber unter der gegebenen Besitzverteilung niemandem abzuverlangen. Und so darbt die Innenstadt weiter hinter leeren Fenstern, während sich in Königshufen und Weinhübel ein Stadtmodell konserviert, dessen Endlichkeit schon ziemlich genau vorgezeichnet ist.

Potentiale
Offenbar geht es bei allem um einen Wettlauf mit der Zeit. Die traditionellen Mechanismen der Wohnungspolitik bzw. der planerischen Steuerung sind ausgereizt oder greifen nicht mehr. Auf den Hauptfaktor städtischer Entwicklung – den Arbeitsmarkt – hat man vor Ort nur marginalen Einfluss. Von der Zukunft ist nur sicher, dass hier demnächst „eine Mauer fällt", mit völlig unberechenbaren Konsequenzen. Festbinden und in leerstehende Altstadthäuser per Dekret einweisen kann man die Leute nicht. Das macht die Krise so fundamental: Wenn die Überlebensinteressen der Menschen und die Existenzbedingungen der historisch überlieferten Stadt nicht mehr zur Deckung kommen, muss die Stadt auf neue Weise für ihr Dasein eine Begründung finden. Oder sie wird aufgegeben.
Die endogenen Potentiale einer bald nur noch mittelgroßen Landstadt ohne Zentrumsfunktion reichen nicht weit. Sich darüber hinaus als Ort der Lehre und Ausbildung zu profilieren, wie es mit einem Fachhochschul-Campus für maximal 3.000 Studenten, einem Berufsbildungszentrum mit 3.000 Plätzen sowie einem – feinen und überregional ausstrahlenden –„Fortbildungszentrum für Handwerk und Denkmalpflege" bisher versucht wurde, kann angesichts der lokalen Arbeitsmarktlage wie auch der letztlich geringen Schülerzahlen nur wenig Hoffnung machen.
Nächster Rettungsanker: Tourismus. Der ehemalige Tagebau Berzdorf, der mit seinen ca. 20 km_ Fläche nahezu der gesamten Stadtfläche Görlitz' entsprach, wird nach seiner Flutung in vier bis fünf Jahren über etwa 960 ha Wasserfläche verfügen, und wegen einer klimatischen Besonderheit sind hier Wind- und Wellenverhältnisse wie an der Küste zu erwarten. Das lässt sogar an den Aufbau eines Leistungszentrums für Segler denken. Aber selbst eine solche

Naturattraktion wird allenfalls im Zusammenhang mit den übrigen Landschaftsteilen gewinnträchtig zu entwickeln sein, wobei die Grenzöffnung zu den Lausitzer Randregionen auf polnischer und tschechischer Seite unabdingbare Voraussetzung ist.
Und schließlich kommt man auch für die Stadt nicht um den klassischen Wirtschaftsfaktor „Tourismus" herum. Görlitz ist viel größer, viel schöner und – wegen seiner 2.600 Einzeldenkmale aus Renaissance, Barock, Gründerzeit und Jugendstil – sehr viel wertvoller als etwa Rothenburg o. d. Tauber. Trotzdem werden die Görlitzer den Rothenburgern das einträgliche Geschäft mit japanischen und amerikanischen Reisegruppen kaum streitig machen, denn wie im eingangs zitierten Streit über das Rentnerparadies, folgt auch der ersehnte Fremdenverkehr heute neuen, global vernetzten Regeln und Routen. Den meisten Investoren liegt Ostsachsen von den neuen europäischen Produktivitätszentren viel zu weit entfernt. Aus gleichem Grund ließe sich gesteigerte touristische Aufmerksamkeit für Deutschlands östliche Stadt wohl allenfalls unter einer Bedingung erwarten – im Sightseeing-Verbund mit den jetzt schon attraktiven Besuchermagneten Dresden und Breslau/Wroclaw. Relationen solcher Dimension, an die sich Unternehmensberater wie amtliche Wirtschaftsförderer erst noch gewöhnen müssen, brauchen langfristige Anbahnung und jede Menge risikobereiter Phantasie. Die kommunalpolitischen Erfahrungen mit dem Projekt „Europastadt Görlitz-Zgorzelec" sollten dabei durchaus ermutigen.
Die Frage, was aus den Städten des vergangenen Industriezeitalters werden soll, stellt sich gerade hier, im tiefen Osten, mit dramatischer Schärfe. Nur fünfzig Kilometer entfernt ist in Hoyerswerda – realistisch betrachtet – die ganze Neustadt aus der Ära der Braunkohle- und Energiewirtschaft überflüssig geworden. Weil es sich durchweg um Montagebauzeilen von den Reißbrettern der funktionalistischen Moderne handelt, sind dort die Abrissbagger schon am Werk. Aber Görlitz? Auf die „Perle der Oberlausitz" verzichten? Andererseits – wer soll, wer kann sie (noch) bezahlen? Die Görlitzer selbst sind mit diesen Fragen letztlich überfordert. Zu viele Entscheidungen über ihr Schicksal fallen an für sie unerreichbaren Orten. Deshalb hatte ihr Oberbürgermeister schon recht, als er sich vor zwei Jahren mit einem Alarmruf[5] an die gesamtdeutsche Öffentlichkeit wandte. Die Gesellschaft als Ganzes muss sich fragen, was ihr prekäre Zeugnisse der deutschen Bau- und Kulturgeschichte wert sind und wie – bei erklärter Unverzichtbarkeit – deren Erhalt zu sichern wäre. Diese Verantwortung an private Sponsoren oder Stiftungen zu delegieren, wird bei der Vielzahl gefährdeter Objekte und Ensembles nicht weit führen. Und wie gerade Görlitzer Erfahrungen zeigen, liegt es ja am Geld nicht allein: Sind es doch straßenweit die schon fertig renovierten Häuser, für die sich keiner mehr interessiert.
Sollte dieses Dilemma am Ende gar auf die „Variante Disney" hinauslaufen – also die komplette Musealisierung einiger ausgewählter Altstädte einschließlich per Honorarvertrag (oder ABM) engagierter „Bewohner"? Zurzeit noch eine schwer vorstellbare Option, aber man muss über alles reden. Auch Abschreibungsrenditen laufen irgendwann aus, und die Uhren des Verfalls ticken unbarmherzig. Schlägt die Suche nach neuem Sinn für die überflüssig gewordenen Städte fehl, werden wir womöglich auch in unserer reichen Gesellschaft ähnliche Verfallsszenarien erleben, wie sie im Endstadium der DDR die Gemüter erregten. Im Görlitzer Planungsamt kann man sich an die entsprechenden Strategien noch gut erinnern: „Die Dächer sind das wichtigste. Erst mal sichern und dann alles irgendwie über die Zeiten bringen..."

Zuerst veröffentlicht in „Deutsches Architektenblatt" 4/2002
Nachdruck gekürzt in „Freitag" 20/2002

---

[1] Ulrich Schur: Luftsprünge und Abstürze. EU-Förderung Ost auf der Kippe. In: FREITAG 9/2002
[2] Im Gründerzeitbereich sind Wohnungsgrößen von 120-160 m_ eher die Regel als die Ausnahme.

[3] Nach Erfahrungen des Planungsamtes kostet die denkmalgerechte Sanierung eines der Renaissance-Hallenhäuser rund um den Untermarkt zwischen drei und vier Millionen Euro.
[4] Die Zahlen sind dem „Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Görlitz“ entnommen. Sie basieren auf Erhebungen des Jahres 1999, es ist also von einer noch weiteren Verschärfung der Situation auszugehen.
[5] „Wir rufen unsere Landsleute in ganz Deutschland auf, unsere Stadt zu besuchen. Kommen Sie nach Görlitz! Görlitz braucht mehr Einwohner, mehr Arbeitsplätze, mehr Touristen!“ Öffentlicher Appell des Oberbürgermeisters Rolf Karbaum vom Sommer 2000

KEINE BAUKULTUR OHNE RÜCKBAUKULTUR

„Stadtumbau Ost“ im Lichte aktueller Krisenerfahrung

Wolfgang Kil

Durch einen der zahllosen Kommentare zur Flutkatastrophe dieses Sommers huschte ein Augenblick glasklarer Vernunft: In der Schweiz, so teilte ein Kenner der Materie mit, wäre es per Gesetz verboten, ein durch Naturgewalt zerstörtes Haus an seinem alten Platz wieder neu aufzubauen.
Leider ist es in unserem Land um solche Vernunft weniger gut bestellt. In der Ziltendorfer Niederung, jenem vor drei Jahren von der Oder wochenlang überfluteten Wiesenland, stehen inzwischen alle Häuser wieder da wie zuvor (und die meisten in der gleichen Billigbauweise). Eine planmäßige Absiedlung der Polder, hieß es, sei „politisch nicht durchsetzbar“ gewesen. Und als diesen Sommer die Bilder von den aus den Erzgebirgstälern hinweggespülten Dörfern kamen, drängte sich noch im Entsetzen schon ein Albtraum auf, in dem die zerstörten, oft noch barocken Fachwerk- und Sandsteingehöfte demnächst wohl durch Fertighäuser skandinavischen oder alpenländischen Stils ersetzt werden würden. Nicht, weil die Leute schließlich ein Dach über dem Kopf brauchten, sondern weil Immobilienbesitz unter sentimentalem Verweis auf lange Ahnenreihen hierzulande als besonders unantastbar gilt. War den Prignitzer Bauern eigentlich bewusst, dass ihre Dörfer geflutet wurden zum Schutz von Wittenberge, einer Stadt, in der beinahe jedes dritte Haus leer steht und in der gleich hinterm stillgelegten Hafen das gesamte Packhofviertel ausgeräumt auf seinen Abriss wartet? Und es geht noch schlimmer, denn nach den gröbsten Aufräumarbeiten wird man alsbald Wiederaufbaukredite ausreichen, Subventionen in Millionenhöhe für Wohnungs-neubau in, wie wir nun wissen, höchst prekären Lagen, während zur gleichen Zeit – von den gleichen Ämtern, nur aus anders betitelten Töpfen – weitere Millionen für den „Stadtumbau Ost“ gezahlt werden, das heißt: für die strategische Vernichtung unvermietbaren Wohnraums anderenorts. Wenn nicht einmal eine solche Katastrophe den Umgang mit der momentan überschüssigen Ressource vernünftig macht, rechnen alle Flutopfer buchstäblich doppelt.

Epochenwende

Zu dieser absurden Konstellation, Aufbau und Abriss mit vergleichbar immensen Summen zu fördern, muss es am Ende kommen, solange man keinen Begriff davon hat, was allenthalben wirklich geschieht. So wird bitteres Lehrgeld gezahlt, weil man die tatsächlichen Vorgänge hinter den Phänomenen noch immer unterschätzt und deshalb für sein Handeln keine Richtung hat. Es hilft längst nicht mehr weiter, den Bevölkerungsschwund Ostdeutschlands ausschließlich aus der Perspektive der unter Druck geratenen Wohnungseigentümer zu betrachten. Es geht hier um weiter reichende Richtungsentscheidungen, denn zu vermuten ist, dass wir es mit ersten Wirkungen einer Epochenwende zu tun haben, deren Ausmaße sich nur schwer abschätzen lassen.
Zur Erinnerung: Die „Industrielle Revolution“ hatte die bis dahin agrarischen Gesellschaften überall bis zur Unkenntlichkeit umgekrempelt. Der Wandel der Produktionsweise war nicht nur ein Vorgang mit einschneidenden ökonomischen und politischen, sondern auch mit ungeheuren demografischen und kulturellen Auswirkungen. Die expandierenden Fabrikationen brauchten Heere von Arbeitskräften, weshalb Menschen in nie gekannter Zahl aus ländlichen Regionen in die neuen Ballungszentren wanderten. Zwischen 1870 und dem Ersten Weltkrieg hat vermutlich jeder zweite Deutsche im Rahmen einer reichsweiten Binnenwanderung irgendwann seinen Geburtsort verlassen, um an anderer Stelle Arbeit und neue Heimat zu suchen.[1] Diese für alle Industrieländer charakteristischen Arbeitsmigrationen haben die betroffenen Gesellschaften von Grund auf verändert. Zu Hunderttausenden haben

[1] Vgl. Gerhard Lenz: Verlusterfahrung Landschaft. Frankfurt a. M./ New York. 1999 S. 63

bäuerlich geprägte Menschen auf dem Weg in die Städte sich von ihren Sitten und Gebräuchen, von alten Familienbanden und den dazugehörigen Wertesystemen losgesagt, um fortan die „Freiheit der Stadtluft" genießen zu können. Auch das bis dahin existierende Siedlungsgefüge wurde in einem ziemlich gewalttätigen Prozess der neuen Produktions- und Konsumwelt angepasst. Alte Residenzen und behäbige Bürgerstädte wurden zu lauten, schmutzigen, aber begehrten Metropolen der Fabrikarbeit. Verschlafene Dörfer begannen zu neustädtischen Agglomerationen auszuwuchern, gesichtslos und rational aus dem Boden gestampft.
Wo die Geschäfte blühten, blühten die Gemeinwesen. Aber auch Stagnation und Niedergang haben sich im Bild der Städte und Siedlungen abgezeichnet. Schrumpfung als Symptom industrieller Wandlungsprozesse ist weder ein neues noch ein speziell ostdeutsches Phänomen. Als Krise der Montan- und der Textilindustrie gibt es hierfür viele Vorbilder in England, Ostfrankreich, Belgien, den USA. Neu ist allerdings die nun erreichte Bandbreite der „Überflüssigkeit": Nahezu das gesamte Erwerbsspektrum einer modernen Industriegesellschaft wurde als Folge der deutsch-deutschen Wirtschaftsunion 1990 vollkommen unvorbereitet zur Disposition gestellt. Selbst Städte mit einer vielfältig ausdifferenzierten Fertigungspalette blieben von den Einbrüchen nicht verschont, denn mit den jeweiligen Hauptprodukten verschwand auch die weitgefächerte Zulieferstruktur. Das schlägt nun auf die sozialräumlichen Strukturen der betroffenen Regionen durch. Nach anderthalb Jahrhunderten stetiger Anpassung an die Zwänge und Bedürfnisse einer komplex entwickelten Produktionsweise kommt diesen Strukturen ihr Daseinssinn abhanden.
Wir stehen vor den Auswirkungen eines ökonomischen Wendemanövers, das sich nicht als Struktur*wandel*, sondern als rapider Struktur*bruch* vollzog und im Osten Deutschlands deshalb keine *postindustrielle* (wie im Westen), sondern eine *deindustrialisierte* Landschaft hervorgebracht hat. Für die davon Betroffenen macht das einen ganz entscheidenden Unterschied: Sie haben keinen „Modernisierungsschub" zu verkraften, also individuelle Neuorientierungs- oder Anpassungsprobleme zu lösen, sondern sie kämpfen, einzeln wie kollektiv, ums Überleben – weniger materiell-finanziell (das zunehmend auch) als im Sinne einer jeden Morgen neu zu findenden Rechtfertigung: Warum soll man als aktiver, mobiler und ehrgeiziger Mensch in einer Region bleiben, die sich dauerhaft auf eine Arbeitslosigkeit von 25 Prozent und mehr eingerichtet hat? In der die Bahn erst einzelne Bahnhöfe, dann ganze Strecken stilllegt, wo Sparkassen und Postfilialen reihenweise schließen, wo Ärzte und Schulen nur noch in der Kreisstadt zu finden sind, der Einzelhandel zum Erliegen kommt und – als finale Katastrophe – die letzte Kneipe aufgibt. Wenn dann die Tankstelle als Zuflucht aller Alltagsbedürfnisse übrigbleibt, soll man sich nicht wundern, dass früher oder später alle vom *Davonfahren*, vom *Abhauen* träumen.

„Klare Worte", bittere Wahrheiten

Seit Beginn der Neunzigerjahre war eine riesige Welle von Tagespendlern über die Ost-West-Ländergrenzen hinweg geschwappt. Nun, da aus ihnen reguläre Arbeitsmigranten geworden sind, erweisen sich diese Pendler als die größten Realisten, denn sie reagieren auf Tatsachen, über die hierzulande nirgendwo öffentlich gesprochen wird.
Nachdem der Berliner Soziologe Wolfgang Engler einmal mit Chefmanagern eines führenden süddeutschen Industrieunternehmens über die „Chancen des Ostens" diskutieren durfte, gab er einige Passagen jenes „unerwartet offenherzigen" Gesprächs an die Öffentlichkeit weiter: „Die deutsche Wirtschaft [gemeint ist die *west*deutsche Wirtschaft, W.K.] denkt nicht daran, sich im Osten Deutschlands selber Konkurrenz zu machen. Wenn sie dort investiert, dann höchst punktuell und zu Sonderkonditionen, unter denen kräftige Finanzspritzen von Bund und Ländern ganz oben rangieren. [...] Das klingt nicht besonders philanthropisch, ist aber unternehmenspolitisch rational. Rational ist auch, dass viele Ostdeutsche ihre Heimat

verlassen und sich dort ansässig machen, wo es Arbeit gibt. Bei uns – er sprach von Bayern – sind die Arbeitsämter seit geraumer Zeit dazu übergegangen, komplexe Lösungen (Arbeit, Wohnung, Kinderbetreuung) für ganze Familien anzubieten, die vom Osten in den Westen übersiedeln wollen; so werden aus Pendlern Ansässige und die Leute bleiben zusammen. [...] Gewiss, dadurch dünnen die ostdeutschen Städte und Dörfer weiter aus. Und je mehr sie es tun, desto unattraktiver werden sie als Standorte. Nur sehe ich keine überzeugende Alternative zu diesem Prozess und darum sind wir gehalten, das Beitrittsgebiet unter anderen Gesichtspunkten zu entwickeln. Wie wäre es also, wenn man mit der Formel von den „blühenden Landschaften" einmal Ernst machen würde, statt nur witzelnd darauf herumzureiten? Wo findet man denn mitten in Europa so reizvolle, abwechslungsreiche, weiträumige Landschaften wie in Ostdeutschland – dünn besiedelt, von Industrie, Abgasen und Beton verschont? Liegen hier nicht Ansatz und Ressourcen für eine ganz andere Standortpolitik? Sie wird die heute dort noch lebenden Menschen nicht alle in Arbeit setzen und ernähren können. Aber wenn wir ein wenig nach vorn blicken, fünfzig Jahre weiter, wer weiß, vielleicht haben sich dann Bevölkerung und Beschäftigungslage auf einem zugestandenermaßen geringen Niveau eingependelt. Bis dahin ist die Politik, ist der Staat gefordert, sind klare Worte vonnöten. Den Westdeutschen muss unmissverständlich gesagt werden, dass sie ihre Brüder und Schwestern im Osten während dieses langen Anpassungsprozesses alimentieren müssen, und zwar in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse; die Ostdeutschen müssen sich von Trugbildern verabschieden und in Geduld fassen – das Tal, in dem sie leben, ist nicht zum Durchzug, sondern zum Verweilen bestimmt."[2]

An der ostdeutschen Situation lässt sich also einiges über das Schicksal von Regionen lernen, die für globalisierte Wirtschaftsprozesse uninteressant geworden sind: Die Entfernung der ostelbischen Tiefebene zu den prosperierenden westeuropäischen Produktions- und Innovationszentren – von Rotterdam und Lille rheinabwärts bis ans Mittelmeer – ist offenbar zu groß. Andererseits reicht dank radikaler Marktöffnung die Binnennachfrage für rentable heimische Produktionen nicht aus. Angesichts dieser Bedingungen sind alle Hoffnungen auf „Nachholeffekte" und „Aufschwung" in den Wind gesprochen. Eine solche Region ernährt ihre bisherige Bevölkerung nicht mehr.

Paradigmenwechsel

Die demographisch und ökonomisch begründete Bevölkerungskrise der ostdeutschen Länder bewirkt, dass das Investitionsvertrauen in die unlängst noch steuerlich privilegierte Boomregion mehr oder weniger zusammengebrochen ist. Wohnungsneubau findet in nennenswertem Ausmaß nicht mehr statt, für Sanierung oder Umbau von Plattenbeständen werden Bankkredite nur noch in Ausnahmefällen gewährt.[3] Die Folgen für das Planungsgeschäft sind krass: Nach Analysen der sächsischen Architektenkammer sind in den vergangenen fünf Jahren 60 bis 70 Prozent der Arbeitsplätze in den kurz zuvor erst gegründeten sächsischen Architekturbüros schon wieder verloren gegangen. Inzwischen befürchtet dort jedes vierte Büro den Bankrott, von den kleinen Ein-Mann-Büros sogar jedes zweite.[4]

Dabei ist es nicht so, dass es gar nichts mehr zu tun gäbe. Nur müssen Architekten – wie auch Politiker – Zugang zu einer für sie bislang unvertrauten Praxis finden: Zu planen ist das Schrumpfen von Städten. Die dafür erforderlichen Strategien lauten nicht mehr *dichter, höher, eleganter,* sondern jetzt geht es um *Entdichtung, Verkleinerung, Entschleunigung*. Wo

---

[2] Wolfgang Engler: Friede den Landschaften, in: FAZ 20. Juni.2001

[3] Von der Wiederaufbauhilfe nach der Flutkatastrophe erwarten Ökonomen wieder nur Investorenhektik, kurzatmig und folgenlos.

[4] siehe Deutsches Architektenblatt (Ausgabe Ost), Stuttgart, 6/2002

früher um Zuwächse (an Bauvolumen, Wohnfläche, Ausstattung usw.) gerungen wurde, geht es heute um Freisetzungspotenziale. Da allerdings stadtpolitische Strategien bisher stets für ein *Mehr* ausgelegt waren, müssen für ein *Weniger* völlig neue Instrumente erfunden werden. Man sollte es ruhig einen Paradigmenwechsel im planerischen Denken nennen – endlich Abschied von der Doktrin eines Wachstums um jeden Preis.

Baukultur und Rückbaukultur

Bisher wurden Architekten dazu erzogen, ihr Glück im Entstehen von etwas Neuem zu finden. Nun sollen sie vorschlagen, was *nicht* geschehen, oder gar: was ersatzlos verschwinden soll. Da stößt rein ästhetische Weltbetrachtung notwendig an Grenzen. Statt Stildebatten sind wieder Sachanalysen gefragt. Schrumpfende Städte sind zuallererst Fälle für Infrastrukturplaner. Soziologen und Ökonomen bekommen wieder Vorschlags- und Vetorecht, mit einer Rehabilitierung funktionalistischer Maximen ist zu rechnen. Auch Landschaftsgärtner werden dringend gebraucht, denn es gilt, die massenhaft entstehenden Brachflächen als zumutbare (und finanzierbare) öffentliche Räume neu zu definieren. Für den extremsten Fall, die Aufgabe ganzer Siedlungsbereiche, sind Modelle und Strategien zu entwickeln, wie eine verträgliche Konversion von der besiedelten zur Wohnfolge-Landschaft aussehen könnte.

„Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit den gleichen Denkweisen zu lösen, die sie erzeugt haben", kommentierte Albert Einstein 1929 die Versuche der damaligen Politik, der Weltwirtschaftskrise Herr zu werden. Auch heute sind unkonventionelle Lösungsansätze gefragt, weshalb sich eine Szene von Workshops und Ideenwettbewerben zu entfalten beginnt, deren ersten gestalterischen Resultaten bislang noch der Charme frei fabulierender Papierarchitektur anhaftet.[5]

Wenn Bau*kultur* etwas mit der kulturellen Bewältigung konkreter Lebensprobleme zu tun hat, so dürfte der oberste Kulturauftrag hier nun ein möglichst reibungsarmer Leitbildwandel sein: weg vom expansiven, hin zum tatsächlich nachhaltigen Entwicklungsmodell. „Einen Rückzug in Anstand und Würde ermöglichen", hat eine Wohnungspolitikerin aus Hoyerswerda den ihr jetzt bevorstehenden Prozess einmal genannt. Man könnte auch sagen: Zur Baukultur gehört unbedingt auch eine Rückbaukultur. Zu den kulturellen Strategien eines „Rückzugs in Anstand und Würde" wären zu zählen:

– *Partizipation***,** denn die betroffenen Menschen müssen begreifen, was und wie ihnen geschieht, welche Chancen Experten ihrem Gemeinwesen noch geben, welche Optionen jeweils welche Risiken bergen. Lokal konkrete Schrumpfungsszenarien müssen Stadtgespräch sein.

– *Pioniergeist,* denn Rückzugsprozesse sind mit erheblichen psychischen Belastungen verbunden, die im Bewusstsein einer freiwillig akzeptierten (und mit entsprechendem Sozialprestige honorierten) „Bewährungssituation" leichter zu verkraften sind.

– *Schonung***,** denn vor allem von älteren, noch durch Mangelerfahrungen geprägten Menschen werden Abrisse als Vernichtung von Ressourcen und „Volksvermögen" erlitten. Deshalb sollte „Rückbau" nicht als vandalistische Zertrümmerung erfolgen, sondern als Zerlegung mit ebensolcher Umsicht, mit der das Gebäude einst zusammengefügt worden war. Schließlich die Materialien zur Entsorgung sortieren und die verbleibenden Flächen rasch gestalten und pflegen – sonst bewirkt Rückbau nur weitere Achtlosigkeit gegenüber dem öffentlichen Raum.

– *Rituale,* denn in Zeiten des Wachstums gehörten Kräne, Baustellen, Richtfeste und Einweihungsfeiern zur heimatbildenden Sozialisation. In Schrumpfstädten erleben Kinder

[5] Die originelle Studie „Weniger ist mehr" von Philipp Oswalt und Klaus Overmeyer war im Dezember 2001 der Auslöser für ein gleichnamiges Seminar am Bauhaus Dessau. KARO-architekten aus der Initiative L 21 haben die Stadtdiskussion mit provokativen „Bewaldungs"-Vorschlägen für die östliche Innenstadt Leipzigs erheblich in Schwung gebracht.

(und nicht nur sie) heute den entgegengesetzten Prozess – leere Fensterhöhlen, vermauerte Erdgeschosse, einbrechende Dachstühle, Vandalismus, ruderale Verwilderung. Wer nicht rechtzeitig das Weite sucht, sieht nach und nach alle vertrauten Winkel der eigenen Biographie verschwinden. Für solch unvermeidliche Verluste bedarf es Rituale des Abschieds – künstlerische, theatralische Aktionen oder andere Zusammenkünfte, um den Betroffenen zu signalisieren, dass ihre Lebenszeit in und mit diesen Gehäusen nicht „umsonst und folgenlos" war.[6]

Bei dieser Suche nach dem existenziellen, aber auch „seelischen" Gleichgewicht nachindustrieller Stadtlandschaften hat neue ARCHITEKTUR höchstens als Arabeske ihren Platz. Doch ist der sinnvolle Umgang mit dem schon Vorhandenen nicht eine mindestens ebenso schwierige Kunst? Und weil Schrumpfungsprozesse von durchreisenden Bauprimadonnen weder verstanden noch bewältigt werden können, schlägt endlich die Stunde der Geduldigen. Sie sind am ehesten bereit, „Neue Länder" tatsächlich als *Neuland* zu denken, wo „Scouts und Pioniere im retardierenden Zukunftsland an den inneren Peripherien auf die ‚Rückkehr der Wölfe' warten und bereit sind, die Auflassungsarbeiten im Interesse des Weltklimas auf das Gewissenhafteste zu übernehmen"(Simone Hain).

So könnte am Ende also der Abschied von einer Epoche noch die Wendung ins Positive finden: Die von der Industrie hinterlassenen Ländereien als Paradiese für Gärtner und Träumer, für die Kundschafter einer völlig neuen Lebensweise. Wäre das eine wirklich so erschreckende Vision?

Geschrieben für „Hoch ^{2}", Jahrbuch der Universität Hannover 2002

[6] Bevor in Rostock das ehemalige Interhotel Warnow abgerissen wurde, gaben die Betreiber am letzten Abend ein Fest für alle, die am Bau und Betrieb des Hotels irgendwie beteiligt gewesen waren. Man feierte in allen Räumen, versteigerte, was vom alten Inventar noch vorhanden war und trank
sämtliche Reste des Hotelkellers aus.

ÜBERFLÜSSIGE STÄDTE?

Wolfgang Kil

Im Osten wird der Leerstand bekämpft, doch der Wohnungsmarkt ist nicht das Problem

Als die *ZEIT* im Frühjahr 1985 ein ganzes Dossier über „Die Chancen des Schrumpfens“[1] veröffentlichte, ernteten die beiden Autoren darauf innerhalb ihrer Soziologenzunft nach eigener Aussage „steinernes Schweigen“. Noch vor drei Jahren mussten sich Mitarbeiter eines regionalwissenschaftlichen Instituts im Land Brandenburg Panikmache und „Verrat an ihrem zukunftsgerichteten Forschungsauftrag“ vorwerfen lassen, weil sie, aufgestört von den demografischen Entwicklungen in einigen Landesteilen, das Thema „Schrumpfung“ auf die Agenda ihres Instituts setzen wollten.

Inzwischen sind die Zahlen in aller Munde: Eine Million Wohnungen stehen im Osten Deutschlands leer, allein in Berlin sind es ca. 100.000, Tendenz unaufhaltsam steigend, die Leerstandsquoten bewegen sich zwischen zehn und fünfzehn Prozent (Landesdurchschnitte!), alarmierende Spitzenreiter sind Leipzig (ca. 35% stadtweit) und Görlitz (ca. 48% in der Altstadt), daneben Stendal (über 42% in den Plattenbauvierteln) und Halle-Altstadt (28%). Im Januar dieses Jahres ist erstmals eine Wohnungsgenossenschaft unter 33,6 Prozent Leerstand zusammengebrochen[2], mit Sicherheit nur der erste Fall einer absehbaren Folge von weiteren Insolvenzen, die – einmal ins Rutschen gekommen – „zur Zerstörung des ostdeutschen Wohnungsmarktes insgesamt führen könnte“[3].

Eine Regierungskommission hat die bestürzenden Zahlen gesammelt und als „sozialpolitische Zeitbombe kaum vorstellbarer Dimension“ an die Öffentlichkeit gebracht: „Kommt es zu keiner wirklich drastischen Veränderung der politischen Rahmenbedingungen und zu keiner Umsteuerung, dann kann der Leerstand in 20 Jahren auf zwei Millionen anwachsen“[4], weshalb die Kommission vorschlägt, drei- bis vierhunderttausend Wohnungen „vom Markt zu nehmen“. Seitdem sind Vokabeln wie *Rückbau, Abriss, Plattensterben* vom Tabu befreit, keine Woche vergeht mehr ohne Reportagen über den Niedergang ostdeutscher Städte. Die Medien stehen im Wettlauf um spektakulärste Bilder und Zahlen; wo bis vor kurzem noch „blühende Landschaften“ zu bebildern waren, kann auf einmal alles gar nicht düster genug gezeichnet werden. Der Gesamtverband deutscher Wohnungsunternehmen GdW hat nicht nur eine ansehnliche Broschüre zur Orientierung ihrer Mitglieder herausgebracht[5], sondern auch gleich einen Pressewettbewerb eigens zum Thema ausgelobt. Planerverbände, politische Stiftungen und die im Osten ansässigen Akademien bereiten Fachtagungen für den laufenden Sommer vor. Das so lange verdrängte Aschenputtel-Thema hat die ganz große Bühne erobert.

***

Unter Kennern hat die Apokalypse der ostdeutschen Problemstädte inzwischen einen Namen: Wittenberge. Die ehemalige Industriestadt an der Elbe auf halbem Weg zwischen Hamburg und Berlin hat im letzten Jahrzehnt, neben einer großen Ölmühle, eine der größten Nähmaschinenfabriken Europas verloren und ist seither von einem Drittel ihrer Bewohnerschaft verlassen worden. Ihr komplett leer gefallenes Packhofviertel ist mit seinen blinden Fenstern in schäbigen Gründerzeitfassaden bereits beliebte Kulisse für Filme, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit spielen.

Vielleicht muss es eine solche Geisterstadt mitten in Deutschland erst einmal geben, um sich angesichts der hier stattfindenden Prozesse von althergebrachten Illusionen und somit auch von vorschnell konstruierten Auswegen zu trennen. Der Wohnungsüberhang in den Neuen Ländern entspricht keinem der typischen Stadien im sogenannten „Schweinezyklus“ aus Verknappung und Überproduktion, sondern er hat sich zur konstanten Größe mit brisanter Eigendynamik verfestigt: Da man vier vermietete Wohnungen braucht, um die Ausfälle einer leeren fünften zu kompensieren, liegt bei etwa 15 Prozent Leerstand der ökonomische Umschlagspunkt für jede Wohnungsgesellschaft; ab 20 Prozent wird der Konkurs nur noch

zur Frage der Zeit. Danach gehen die Wohnungen dann entschuldet und zum Dumpingpreis an einen Neuerwerber, der wiederum mit den jetzt möglichen Niedrigmieten die übrigen Eigner unter Druck setzen und somit eine Abwärtsspirale der gesamten Wohnungswirtschaft einer Region in Gang setzen kann.
Als Reaktion auf diese verhängnisvolle Entwicklung haben inzwischen alle ostdeutschen Länder Förderprogramme für Rückbaumaßnahmen aufgelegt, gemäß der simplen Marktlogik, dass man die Folgekosten des Leerstandes am besten durch Beseitigung der ungenutzten Wohnungen reduziert. 100 Mark wurden anfangs in Sachsen für den Abrißquadratmeter veranschlagt, was etwa 600 Millionen Mark Gesamtförderkosten für den Freistaat ergäbe. Erste Praxiserfahrungen (z.B. in Hoyerswerda) beliefen sich aber nicht selten bis auf das Dreifache. Bis zu siebzig Prozent einer „ordentlich geplanten“ und fachgerecht begründeten Rückbaumaßnahme[6] werden von den Ländern übernommen; das verbleibende Drittel kann die Kommune dazugeben, wodurch die wiederum einigen Spielraum für Folgemaßnahmen (im Sinne eines städtebaulichen Vertrages) erhält.
Was allerdings auch nach der Wohnraumentsorgung an den Eignern hängen bleibt, sind die Rest-Buchwerte der oft noch unabgeschriebenen Gebäude sowie die umstrittenen, aber weiterhin fälligen „Altschulden“ – ein Resultat des sturen Unwillens der alten Bundesländer, den Wohnungsmarkt des Ostens nach zehn Jahren endlich in ruhigeres Fahrwasser zu entlassen. Die Forderung, für nachweisbar nicht privatisierbare, auf Dauer kaum vermietbare oder gar abzureißende Wohnungsbestände die Altschulden zu erlassen, steht neben einer radikalen Umsteuerung der Eigenheimförderung zumindest für die östlichen Bundesländer auf der Agenda der genannten Regierungskommission unter höchster Priorität; doch in diesen zentralen Fragen ist bislang noch keine Aussicht auf Erfolg zu erkennen.
***
Dank der kritiklosen Übertragung westdeutschen Erfahrungswissens auf ostdeutsche Zustände hatten bislang nahezu sämtliche stadt- und wohnungspolitischen Fehlentwicklungen der alten Länder in den neuen brave Wiederholung gefunden. Im Eiltempo wurden im Osten die Privatisierung der Städte, Zersiedlung der Landschaft und Segregation der sozialen Milieus „nachgeholt“, häufig sogar übertroffen. Doch angesichts der jetzt aufgerufenen Schrumpfungsproblematik zeigen sich auch erfahrene Praktiker aus dem Westen ratlos: Weder dem Wittenberger Packhofviertel noch Neubau-Wohnstädten wie Wolfen-Nord, Schwedt oder Hoyerswerda lässt sich durch „Diversifizierung der Wohnungsangebote“, also Ersatz von „Platte“ durch „Stadtvillen“ oder durch Reihenhäuser mit dem Sehnsuchtsblick auf „Besserverdiener“, dauerhaft helfen. Auch die Empfehlung, beim Abriss leerstehender Wohnungen nicht so zimperlich zu sein, weil freigelegtes Bauland „werthaltiger“ sei als eine von unnützer Substanz blockierte Immobilie[7], geht am Wesen der im Osten jetzt aktuellen Bewegungen völlig vorbei: Wo die Menschen davonlaufen, verlieren selbst Grund und Boden alle Heiligkeit – *No Interest!* – weshalb die aktuelle Krise zwar von den Wohnungspolitikern zuerst bemerkt und zu meistern versucht wurde, jedoch als allein wohnungspolitisches Problem weder zu erklären noch gar zu lösen sein wird.
Offenbar muss man wirklich erst Beispiele wie Wittenberge vor Augen haben, um das ganze Krisenausmaß der ostdeutschen Provinz zu ermessen, in der kritische Experten nicht mehr von *Deindustrialisierung*, sondern von *Deökonomisierung*[8] sprechen: Wenn zum Verschwinden der traditionellen Industrie sowie zur Marginalisierung der Landwirtschaft noch der schrittweise Rückbau der Infrastruktur hinzukommt, wenn also die Deutsche Bahn AG „mangels Nachfrage“ Haltepunkte oder ganze Linien stilllegt, wenn Sparkassen sich aus der Region zurückziehen, Kultureinrichtungen und Schulen geschlossen, die medizinische und soziale Versorgung ausgedünnt werden ... wie sollen für die betroffene Bevölkerung dann noch Zukunftserwartungen aussehen? Dann wird der ursprüngliche Abwanderungsprozess von Arbeitssuchenden – so verheerend dieser ohnehin schon sein kann – sich in eine

regelrechte Flucht aller noch irgendwie mobilen Bewohner verwandeln ... aus Panik vor der rasant um sich greifenden Perspektivlosigkeit: Keiner will jener Letzte sein, der am Ende das Licht ausmacht...
Paradoxerweise zeichnen sich gerade in der Dramatik des Geschehens die eigentlichen Mechanismen und Hintergründe ab, und nachdem sich die anfängliche Verstörung gelegt hat, dürfen inzwischen einige Erkenntnisse als gesichert gelten:
These 1: Der Leerstand ist kein vordringliches Problem der „Platte". In den „Metropolen des Leerstands" Leipzig oder Görlitz etwa sind Altstadt- bzw. Gründerzeitviertel sogar vorrangig betroffen.
These 2: Die Entleerung der ostdeutschen Städte lässt sich aus demografischen Trends (extremer Geburtenknick nach der „Wende", allgemeiner Bevölkerungsrückgang) nur ungenügend erklären. Auch der häufig veranschlagte „Nachholbedarf" an Eigenheimen im Umland dürfte inzwischen zumeist gedeckt sein, zumal außerhalb der Ballungszentren inzwischen die Kaufkraftentwicklung rückläufig ist. Die Bewohnerverluste gehen aber ungehemmt weiter.
These 3: Übertönt vom Schicksal der Städte, laufen vor allem bestimmte ländliche Regionen leer, geradezu dramatisch im nordöstlichen Brandenburg (Uckermark) und Vorpommern, aber auch in Teilen Mecklenburgs, in der Altmark und der Lausitz. In diesen traditionell ärmlichen und dünn besiedelten Landschaften war zu DDR-Zeiten mit Industrieinvestitionen (Schwedt, Neubrandenburg, Stendal, Eisenhüttenstadt, Schwarze Pumpe) und hochtechnisierter Agrarwirtschaft massive Strukturförderung betrieben worden. Nun stellt ein sich selbst überlassener Markt den *Status quo ante* wieder her: die im vorindustriellen Schattendasein dahindämmernde Krisenregion. Für einige der damals unter heroischen Mühen aus dem Boden gestampften Industrie-Wohnstädte wird dies wohl vor allem eines bedeuten: Sie sind schlicht überflüssig geworden.
***
Es gibt einen bemerkenswerten Zusammenhang zwischen den Orten, die zuerst und besonders hart von der Leerstandsproblematik betroffen waren (Schwedt, Guben, Hoyerswerda, Wolfen-Nord, Stendal – alles Neustadtgründungen infolge einer forcierten Industrialisierung) sowie den charakteristischen „Wegzugsgruppen", die von 1989 bis 1999 dem Osten eine Abwanderungsrate von mehr als 1,1 Millionen Menschen bescherten: „Es gehen die, die mobiler, risikofreudiger sind und einen guten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz der heimatlichen Bindung vorziehen. [...] Zurück bleiben die vom Elternhaus oder vom Schicksal weniger Begünstigten, die Schulabgänger mit den schlechteren Zertifikaten, die weder an weiterführende Bildung noch an glänzende Karrieren denken können und daher mit dem armseligen Angebot des lokalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes vorlieb nehmen müssen."[9]
Der Zusammenhang lautet: Das Land ernährt seine Leute nicht mehr. Die Ausnahmesituation des politischen Beitritts hat aus dem ehemaligen Industriestaat DDR das Großraumlabor für eine Zukunft jenseits der herkömmlichen (Industrie-)Arbeit gemacht. Niemals zuvor war im Westen ein Strukturwandel dermaßen planlos und ungeschützt dem Selbstlauf überlassen worden. Der nach Kräften verzögerte und kompensatorisch weitgehend abgefederte Niedergang des „alten" Ruhrgebiets ist mit der kollapsartigen Preisgabe der ostdeutschen Industrien in keiner Weise mehr zu vergleichen. Östlich der Elbe hat sich Europas erste Folgelandschaft des entfesselten Neoliberalismus ausgebreitet.
Eines der krassesten Beispiele hierfür ist das Lausitzer Braunkohlenrevier: „Seit den fünfziger Jahren sind hier über 60.000 Leute hergekommen, um Energiearbeiter zu werden. Eine Stadt voller Leute, die heute nicht mehr gebraucht werden"[10], beschrieb der Liedermacher Gundermann seine Heimatstadt Hoyerswerda fünf Jahre nach dem Anschluss, illusionslos, denn als Bergarbeiter war ihm seit Anfang der Neunzigerjahre klar, dass es bei allen stadtpolitischen Krisenstrategien eigentlich um ein Daseinsproblem der „Überflüssigen"

gehen würde: Das modernste Braunkohlekraftwerk Europas in Schwarze Pumpe verschlang mehrere hundert Millionen Mark, braucht aber nicht mal 200 Leute. Im Bergbau und in den stillgelegten Chemiewerken waren jedoch zehntausende Stellen weggefallen. Das Damoklesschwert der industriellen Monostruktur war auf die „Hauptstadt des Reviers" herabgestürzt.

Was seit Beginn der Neunzigerjahre noch als riesige Welle von Tagespendlern über Bundesländergrenzen hinweg kaum Beachtung fand, zeigt sich nun – da aus den Pendlern innerhalb weniger Jahre regelrechte Arbeitsmigranten geworden sind – in seiner ganzen, fast möchte man sagen epochalen Tragweite. Die Krise der ostdeutschen Städte ist Symptom wie Signal für das Ende des Industriezeitalters in der westlichen Welt.

Die industrielle Revolution hatte ab dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts die bis dahin agrarischen Gesellschaften bis zur Unkenntlichkeit umgekrempelt, indem sie wahre Völkerwanderungen auf die Suche nach Arbeit kreuz und quer durch Europa schickte. Um das neu entstandene Proletariat zu behausen, wurden in einem gewalttätigen Prozess zahllose Städte aus ihrer mittelalterlichen Beschränktheit gerissen und der neuen Produktions- und Konsumwelt angepaßt. Wir haben uns in der Industriegesellschaft als dem fraglosen Normalfall einer mitteleuropäischen Existenzweise über anderthalb Jahrhunderte so sehr eingerichtet, dass deren Endlichkeit aus unserem Vorstellungsvermögen verschwand. Nun ist dieses Ende kein Geheimnis mehr[11], doch während in allen Diskursen über zukünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsformen immer nur die Figuren, Strategien und Regionen der Gewinnerseite eine Rolle spielen, stehen die Verlierer des Epochenbruchs selten im Licht öffentlicher Aufmerksamkeit – bis sie sich revoltierend bemerkbar machen oder in einem immer breiter anschwellenden Prozess individueller Anpassung eine neuerliche Umkrempelung der gesellschaftlichen Verhältnisse bewirken. Auch wenn sich das vorerst als überschaubare Migration der mobilen „Überflüssigen" aus dem Osten in die noch entwicklungsträchtigen High-tech-Regionen West- und Süddeutschlands auswirkt, könnte dieser Prozess bereits heute zu einer merklich veränderten Siedlungsstruktur einiger östlicher Bundesländer führen, einschließlich der Auflassung ganzer Stadtteile oder der gezielten Absiedlung bestimmter Landstriche.

Wegen dieser gravierenden Auswirkungen, und weil im Grunde niemand weiß, wohin die Reise der postindustriellen Gesellschaft geht, bedarf der Transformationsprozess einer sorgfältigen Begleitung. Um die massenhaften individuellen Betroffenheiten und Verunsicherungen aufzufangen und, wo keine andere Wahl bleibt, ein Rückzugsmanagement nach „integrierten Handlungskonzepten"[12] einzuleiten, sind vor allem kulturelle Strategien gefragt, unter Stichworten wie *Entschleunigung, Entdichtung, Verkleinerung, Vorläufigkeit, Abschied*. Solch notwendigem Leitbildwandel stand bislang entgegen, dass auf dauerhaftes Wachstum gegründete Gesellschaften „Schrumpfung" oder „Rückzug" einem grundsätzlichen Tabu unterwerfen. Doch gemessen an den fundamentalen Umbrüchen zu Beginn des Industriezeitalters darf an dessen Ende eine neuerliche Infragestellung aller Werte weder verwundern noch beirren. Im Gegenteil – die dramatische Krise der ostdeutschen Städte (vor dem Hintergrund völlig unübersichtlicher Perspektiven der osteuropäischen Nachbarn) sollte Anlass sein, über die Zukunftsaussichten der gesamten herkömmlichen Arbeitsgesellschaft nachzudenken.

Dass in den Kontext einer solchen Grundsatzdebatte bereits ethische Fragen („Warum ist der Abriss überflüssiger Wohnungen moralisch leichter zu ertragen als das Keulen von überflüssigen Rinderherden?"[13]) wie ökologische Mahnrufe („Der geplante Abriss ostdeutscher Plattenbauten ist subventionierte Preisgabe von Volksvermögen!"[14]) Eingang gefunden haben, kann als ermutigendes Zeichen gelten, weshalb abschließend noch eine weitere These behauptet werden soll:

These 4: Schrumpfung als ein Symptom postindustrieller Wandlung ist kein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Als Krise der Montanindustrie gab es dazu schon viele abschreckende „Vorbilder" in England, Ostfrankreich, Belgien, den USA. Neu ist lediglich die nun erreichte Bandbreite der „Überflüssigkeit": Nahezu das gesamte Erwerbsspektrum einer modernen Industriegesellschaft wurde unvorbereitet zur Disposition gestellt, was nun auf die sozialräumlichen Strukturen der betroffenen Regionen durchschlägt. Je stärker ein Wohnstandort durch den (industriellen) Charakter einer bestimmten Arbeit bzw. Produktion geprägt war, desto unflexibler wird er sich in der heraufziehenden Krise bewähren Und gegen die Gefahren unerwarteter „Überflüssigkeit" ist – gerade im Prozess zunehmender Globalisierung – auch keiner der derzeit noch boomenden Produktionsstandorte westlich der Elbe und südlich der Werra auf Dauer gefeit: Gesetzt den Fall, Toyota übernähme Daimler/Chrysler und schlösse daraufhin – *for shareholders benefit* – den frisch erworbenen Standort in Deutschland ... was würde dann aus dem Großraum Stuttgart?

Erstveröffentlicht in: Deutsche Bauzeitung (db) Nr. 6/2001
Nachdruck in: Kommune 9/2001

---

[1] Hartmut Häußermann, Walter Siebel: Die Chancen des Schrumpfens. In: DIE ZEIT Nr 13 vom 22. 3. 1985, S. 33 ff.
[2] Wohnungsgenossenschaft Lößnig e.G. in Leipzig-Süd.
[3] Staatssekretär Albrecht Buttolo, Dresden, in der FAZ vom 12. 7. 2000
[4] „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern". Bericht der Kommission, erschienen im November 2000
[5] „Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung für Aufwertung und Rückbau". GdW-Arbeitshilfe 32, Januar 2001
[6] Um für Abrisse Fördermittel zu erhalten, sind kommunal abgestimmte Planungen, einschl. Nachweis von Wohnwertsteigerungen („Entdichtung" und Umfeldverbesserungen), Sozialplan usw. zu erbringen. Es werden zunehmend Planungswettbewerbe für Rückbaumaßnahmen durchgeführt.
[7] Ulrich Pfeiffer (Empirica) vor einem halben Jahr bei den „Berliner Stadtgesprächen".
[8] Christine Hannemann (Humboldt-Uni Berlin) auf der Tagung „Neue Länder – Neue Sitten?" in Chemnitz, Februar 2001
[9] Wolfgang Engler: Wer geht, wer bleibt? In: Der Tagesspiegel, Berlin, vom 12. 12. 2000
[10] Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer – Gespräche mit Hans-Dieter Schütt, Berlin 1996, S. 57
[11] Inzwischen weiß jedes Kind, dass die Mehrzahl unserer Konsumprodukte wie die allermeisten Rohstoffe aus Ländern mit extrem billiger Arbeitskraft kommen.
[12] Um ein „Integriertes Handlungskonzept" bemüht man sich in Schwedt, wo für den Interessenabgleich aller Akteure und Betroffenen der anstehenden Flächenabrisse ein Runder Tisch gegründet wurde.
[13] Heike Haarhoff, Gewinnerin des Journalistenpreises 2001 der Bundesarchitektenkammer, in ihrer Preisträgerrede am 19.2.2001 in Berlin
[14] H. W. Hoffmann: Selbstmord auf Staatskosten. In: Berliner Zeitung vom 21. 11. 2000

VINETA OHNE GLOCKEN
Wolfgang Kil

Goldgräberstadt! Wie leicht dieser Gedanke zu notieren war, damals, in den Sechzigern, als Brigitte Reimann alle Hoffnungsgefühle und schon erste Zweifel ihrer jungen Architektin in den Mund legen konnte. *„... und zum ersten Mal dachte Franziska an die Vergänglichkeit dieser Siedlung, ihr Leben, das kurz sein wird wie das einer Goldgräberstadt: wenn Bagger ihre Zähne in die Eingeweide dieser Straße schlagen und die Blöcke in Rauch und Staub zusammenstürzen ...“*
Doch was sind alle vorausgreifenden Gedankenspiele gegen die endlich nicht länger verdrängbare Realität vor Augen: Wenn die fahrbaren Abrißmaschinen sich mit ihren stählernen Greifzangen in den Beton verbeißen und unterm nervtötenden Quietschen ihrer pneumatischen Gelenke die Fassadenteile auseinanderreißen, bis die leergeräumten Zimmer sich mit dem Schutt der herabstürzenden Decken füllen. Es ist nicht so, dass *Montagebau* erwartungsgemäß in planvoller *Demontage* endet. Hier wird nicht mit gelassener Routine auseinandergenommen, was einst nach ausgeklügelten Verlegeplänen zusammengefügt wurde. Nein, kein „geordneter, selektiver Rückbau“, sondern ein Zerschmeißen, Zerwürgen, Zerstampfen, wie von einer großen, wilden Wut getrieben. Oder von einer abgrundtiefen Gleichgültigkeit.
Seit er die Abrisse im WK VIII aus nächster Nähe gesehen hat, vermeide er Wege durch die Neustadt, die ihm zunehmend „wie im Krieg“ vorkomme, sagt L., auch er Architekt und am Aufbau seiner Stadt über viele Jahre hinweg beteiligt gewesen. An ihn und vor allem an seine Tochter muss ich denken, als ich gegenüber dem Lausitzer Platz, vor den einprägsamen (und deshalb jetzt zu Denkmalen erklärten) Wohnscheiben an der ehemaligen *Magistrale* stehe und mir das Stadtbild ohne die beiden Elfgeschosser hinter dem Warenhaus vorzustellen versuche: Wenn diese Platzwände verschwunden sind, wird der alte Kaufhauskasten wieder in ein grenzenloses Himmelsloch fallen, wie schon einst jahrelang als vereinsamter Solitär auf viel zu groß bemessener Planungsfläche. Als Sinnbild immer wieder uneingelöster Zukunftsversprechen: „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben ...“
Aber *„hier isses heute nicht besser als gestern, und ein morgen gibt es hier nicht“*, sang Gerhard Gundermann, dieser Skeptiker mit brennendem Herzen, der den Rückwärtsgang der Geschichte schon kommen sah, als er noch auf seinem Bagger im Tagebau Spreetal saß. Schon damals war der Gipfelpunkt überschritten. Inzwischen ist die Bevölkerung der Stadt von einmal siebzig- auf unter fünfzigtausend gefallen, und die Tochter des Architekten L. beklagt nicht einfach diesen allgemeinen, statistischen Rückgang, der schon längst sämtliche bekannten demografischen Alarmgrenzen überschritten hat, sondern etwas viel Schlimmeres – die drohende Endgültigkeit: „Jetzt gehen alle, die noch irgendwas bewegen könnten. Es ist lähmend, wie damals, als in den Achtzigern alle nach dem Westen abhauten. Alle, die eigentlich hier gebraucht worden wären. Jetzt passiert das wieder, und wieder gehen die Jungen. Nach dem Westen, wo noch Arbeit ist. Hier sind bald nur noch Rentner, die nichts weiter wollen als ihre Ruhe.“
Und diesen deprimierten, desillusionierten und ohnehin verunsicherten Leuten reißen sie jetzt auch noch die Stadt ab, vor aller Augen. Den unausweichlich gewordenen „Rückbau“ ausgerechnet in der Mitte anzufangen! Es ist, als solle sich der Makel der Entstehungsgeschichte nun zum düsteren Finale hin wiederholen: „Seelenlos“ hätte Brigitte Reimann wahrscheinlich gesagt. *„Sie sind wie Beton. Was wissen Sie schon von anderen Menschen?“* lässt sie ihre allzu idealistische Architektin von einer Sekretärin beschimpfen (welche sich kurz darauf das Leben nimmt). Gundermann, der spätergeborene Realist, versuchte kühlen Überblick zu behalten: *„Eine Stadt voller Leute, die heute nicht mehr gebraucht werden. Aufbau ist nicht angesagt. Nur Abriss, Marktbereinigung.“* Doch wenn er dichtete, konnte auch er den Schmerz nicht verbergen. Auf seiner vorletzten Platte, vom

Titelsong „Frühstück für immer“ die Schlusszeile geht auch bei ihm nur als Schrei: *Der Ofen ist aus im Eisenland !!!*

***

Kaum jemand denkt, wenn der Name Hoyerswerda fällt, an das Niederlausitzer Landstädtchen – rund um eine kleines Schloß ein kaum mehr als dörflicher Marktflecken, der es in sechshundertjähriger Geschichte auf nicht einmal 10.000 Einwohner brachte. Seit rund fünfzig Jahren heißt dieser Flecken nun *Altstadt*, und seither denkt jeder, wenn er Hoyerswerda hört, ganz selbstverständlich an die *Neustadt*: an die „zweite sozialistische Stadt der DDR“. Als Wohnstadt für die nahegelegene Tagebaue, die Kraftwerke und das Gaskombinat in Schwarze Pumpe geplant, kam deren Baubeginn 1955 tatsächlich einer Stadtneugründung gleich. Bis Anfang der achtziger Jahre wuchs die Bewohnerzahl auf reichlich 70.000, was dem Selbstbewußtsein dieser „Emporkömmlinge“ gegenüber der ewigen Rivalin (und zuständigen Bezirksstadt) Cottbus nur zugute kam. Mochten sie dort noch soviel Wind um ihren „Energiebezirk“ machen, Hoyerswerda fühlte sich als die eigentliche Hauptstadt des Lausitzer Reviers.
Eisenhüttenstadt, die ein halbes Jahrzehnt zuvor begründete „erste sozialistische Stadt“, lässt sich heute – zumindest in ihren zentralen, strikt nach dem Kanon der „16 Grundsätze des Städtebaus“ entworfenen Bereichen – als etwas behäbige, aber durchaus funktionierende Kleinstadt beschreiben. Als dem sozialistischen Modellprojekt der Sozialismus abhanden kam, konnte es in die Zeitlosigkeit entkommen. Die urbane Typologie, welche ihm zugrunde lag, war durch und durch der Tradition verhaftet, so dass selbst die obligatorische Langeweile der Provinz hier noch einen irgendwie städtischen *Blues* erzeugt, und nicht dieses panische Gefühl von Verlorenheit, mit dem Reimanns junge Architektin sich anfangs vor ihrem künftigen Einsatzort fürchtete: *„diese Siedlung in einem Landstrich nahe der östlichen Grenze gelegen, an den Großstädter wie an einen Verbannungsort dachten“*.
Kein Zweifel, Hoyerswerda wurde anders. Nur fünf Jahre später geplant, galt hier bereits ein völlig neues Leitbild: Nicht mehr um „Stadtbaukunst“ stritten hier die Erbauer, sondern um die „Industrialisierung der Bauprozesse“. Hoyerswerda-Neustadt war die erste Großsiedlung der DDR, die ausnahmslos in Montagetechnologie entstand. Und entsprechend prompt kamen die Folgen der rigiden Technologenherrschaft zum Vorschein. Sture Gebäudefluchten und einfallslose Freiräume: Das „Diktat der Kranbahn“ setzte aller malerischen Stadtkomposition ein krasses Ende. Nimmt man diesen harten Modernisierungskurs zum Kriterium, so muss eigentlich Hoyerswerda als *das* urbanistische Fanal jener vollkommen andersartigen Gesellschaft – der von Zentralismus und Planwirtschaft geprägten DDR – gelten. Dieser zweiten Neustadt wird der Sprung in die Zeitlosigkeit nicht so ohne weiteres gelingen.
Selbst für Enthusiasten des „sozialistischen Aufbaus“ war die gestalterische Monotonie der getypten Wohnblöcke schwer zu verkraften. Immerwährende Einsparungen sorgten auch sonst für ein wenig abwechslungsreiches Lebensmilieu: Auf ein richtiges Zentrum warteten die Neustädter fast zwanzig Jahre. Ihr Warenhaus wurde 1968, die Stadthalle erst 1984 fertig. Mit abenteuerlichen Methoden musste eine kleine Schwimmhalle von der Berliner Zentrale erpresst werden. Der Ruf nach einem eigenen Kino für die Neustadt, ein immer wiederkehrendes Klagemotiv im *Linkerhand*-Roman, blieb jahrzehntelang unerhört.
Dies alles provozierte bald Widerspruch, selbst bei denen, die mit dem begeisterten Elan von Neulandsiedlern gekommen waren. Auch die leicht zu begeisternde Schriftstellerin, die im nahen Schwarze Pumpe vor den „Industriegiganten“ in den pathetischsten Jubel ausbrechen konnte, durchlebte in ihrem *„Hoy“*, wo sie 1960 eine Wohnung im ersten Wohnkomplex (WK I) bezogen hatte, acht Jahre lang unglaubliche Wechselbäder an Stimmungen und Gefühlen: *„Es wird Abend, ich friere, ich wünschte, eine Stadt nimmt mich unter ihren*

Mantel aus Lichtern, Stimmen, Gerüchen...“ Anderentags jedoch: *„Ich haßte die Monotonie ihrer Blöcke und Straßen [...] und die jahrelang ungepflasterten Plätze, die im Herbst verschlammten und sommers Sandfahnen schleppten im böigen Wind, und das schwitzende Gedränge in der Kaufhalle nach Feierabend ... und Sirenengeheul bei Tag und Nacht und die Lautsprecherwagen mit Marschmusik, die gequäkten Plakate statt Littfaßsäulen, die dröhnende Werbung für Fußball, Kreismeisterschaft, Boxmatch und NAW, Schlagerstars und Sparsamkeit beim Wasserverbrauch.“* (Franziska Linkerhand) In ihren Tagebüchern klingt es noch harscher: *„Hoy ... ist eine triste Bienenwabe.“*

***

„Mir war schwindlig vor Glück, schwindlig vor Ehrgeiz, ich fühlte mich so jung und frei [...] berauscht von dem Verlangen, mich zu behaupten und Häuser zu bauen, die ihren Bewohnern das Gefühl von Freiheit und Würde geben, die sie zu heiteren und noblen Gedanken bewegen...“ Wie überdreht gefühlig solche Sätze auch klingen mögen, es sind authentische Stimmungssignale einer Zeitgenossin. Doch völlig blind vor Hoffnungsseligkeit, wie man oberflächlich meinen könnte, war auch die „Ankunftsgeneration“ nicht. Damals, als die Reimann an ihrer *Franziska Linkerhand* schrieb, mag man ihr stetes, zunehmend verzweifelteres Aufbegehren gegen die zermürbenden Zustände in *„Neustadt“* als das wesentliche Moment kritischer Unruhe an dem Roman empfunden haben. Mit dem Blick von Heute ist es jedoch ein ganz anderer Unterton, der die ausufernde Erzählung wie der Schatten eines drohenden Verhängnisses durchzieht: diese unabweisbare Ahnung der Vorläufigkeit. Selbst den Protagonisten muss es also schon damals bewußt gewesen sein, und sei es nur in schlaflosen Nächten: Dies hier ist nicht von Dauer.
Daraus konnte man seine eigene Romantik gewinnen, das durch alle Adern prickelnde Daseinsgefühl wilden Gesellentums, der Neulanderoberer, der *Goldgräber* eben. Dieser Idealtypus des ewig umherziehenden Abenteurers ließ sich Mitte der sechziger Jahre in der DDR noch ungebrochen beschwören, wie die unvergessliche Eröffnungssequenz des Films *Spur der Steine* bewies, in der eine verwegene Zimmermannsbrigade als Phalanx unbesiegbarer Helden breitbeinig auf die Kamera zu marschiert: *„Die Wege der Veteranen zwischen dreißig und vierzig, die sich auf den Stationen Sosa, Bruchstedt, Wismut, Stalinallee, Schwarze Pumpe getroffen haben und wiedertreffen werden in Schwedt, Boxberg, wer weiß wo, in einem heute noch nicht existierenden Kraftwerk, in einer noch nicht projektierten Stadt. [...] Die haben alle Talsperren, alle Schornsteine gemauert, alle Öfen beschickt, alle Pipelines gelegt, alle Herkulesarbeiten der Welt getan, während wir zur Großen Pause auf den Schulhof rannten [oder] in der Tanzstunde langsamen Walzer übten.“* (Franziska Linkerhand)
Daraus konnten aber auch Widersprüche erwachsen, die dem ahnungsvollen Betrachter den Atem abschnürten: *„Aber an jenem Abend, als ich zum ersten Mal den Widerschein der Lichter am Himmel sah? [...] Ich war gerührt über ein Tannenbäumchen im Rasen, versöhnt mit einem grellbunt lackierten Autoreifen, der ein Beet von Löwenmäulchen umschloß; die schwangeren Frauen, deren Kinder in fremden Städten leben werden, und die aus den Schichtbussen drängenden Männer, die tiefliegende, schon kärgliche, bald unergiebige Kohleflöze abbauen: sie wissen, eines Tages werden Computer das fernere Schicksal der Stadt errechnen, also das Schicksal ihrer Bewohner, ihre künftige Behausung, ihre neuen Berufe, Chemiearbeiter statt Bergmann zum Beispiel; trotzdem richten sie sich ein wie für die Ewigkeit, zeugen Kinder und pflanzen Bäume, und sie machen Gärten aus den öden Rasenflächen: sie machen sich eine Heimat.“*

***

Chemiearbeiter statt Bergmann? Schön wär's ja. Aber die Realität des erahnten Wandels zeigte sich von sehr viel radikalerer Art. Seit der „Wende", die der Lausitzer Braunkohle (bis auf kleine Restförderquoten) das Aus beschert hat, stehen die Zeichen für Hoyerswerda zunehmend auf Alarm. Auch wenn in Schwarze Pumpe unlängst das modernste Braunkohlekraftwerk Europas und anstelle der ehemaligen Veredelungschemie nun eine gigantische Müllverbrennungsanlage in Betrieb genommen wurden ... in der „Hauptstadt des Reviers" sind die Krisensymptome unübersehbar geworden. Keine noch so ambitionierte Neuinvestition kann den Wegfall zehntausender Stellen im Bergbau und im Gaskombinat ausgleichen. Das Damoklesschwert der industriellen Monostruktur ist auf die Arbeiterwohnstadt herabgestürzt. Mit kapp 25 Prozent führt Hoyerswerda die Arbeitslosenstatistik seines Amtsbereichs an. Schon vor 1990 war durch den Wegzug vieler Bauarbeiter sowie durch die Ausreise- und Fluchtwellen nach dem Westen die Bevölkerung auf etwa 65.000 gesunken. Deutlich massiv ist die Abwanderungswelle aber erst ab Mitte der neunziger Jahre angeschwollen. Schon mehr als jeder Fünfte hat sich seither davongemacht – ein Teil mit Bausparvertrag in die umliegenden Dörfer, immer mehr inzwischen auf Arbeitssuche in die „Altbundesländer". Als Folge dieser demografischen Katastrophe laufen einige Wohnkomplexe sichtbar leer. Im Sommer 2000 waren etwa 5.000 Wohnungen unvermietet, Prognosen rechnen für das folgende Jahrzehnt noch mit einem Anstieg auf 8.000. Dann dürfte sich die Gesamtbevölkerung aus den besten Tagen der Braunkohlewirtschaft etwa halbiert haben.

Hoyerswerda zählt – neben Schwedt, Guben, Wolfen oder Stendal – zu den vom Bevölkerungsrückgang in den ostdeutschen Ländern am stärksten betroffenen Orten. Wo die DDR unter unsäglichen Kraftanstrengungen Industriepolitik zugunsten traditionell strukturschwacher Landesteile betrieben hatte, stellt nun ein sich selbst überlassener Markt nichts als den *Status quo ante* wieder her, also die dünn besiedelte, ärmlich dahindämmernde Krisenregion. Für die damals schnell, wahrscheinlich zu schnell gewachsenen Industrie-Wohnstädte weitab der Ballungszentren bedeutet dies: Sie sind schlicht überflüssig.

Nicht Wachstum, sondern Schrumpfung als Entwicklungsziel ... aus der inzwischen immer brutaler zutage tretenden Zukunftslosigkeit vieler „Altindustriestandorte" folgt eine tatsächlich schmerzhafte Perspektive. Für die hier zu erwartenden Prozesse – weniger die technischen als die sozialen und kulturellen – fehlt es bisher an Kenntnis und Instrumenten. Nicht einmal unvoreingenommen reden kann man vor Ort über denkbare Zukunftsszenarien: Bloß nicht die Leute verunsichern, lautet die Parole im Rathaus ... als wenn sich dieses ungeheuerliche Abenteuer ohne den Verstand, die Phantasie und das Engagement „der Leute" überhaupt bestehen ließe. Noch immer versuchen Planer und Politikberater auf die Krisensymptome des einfach nicht aufblühenden Ostens mit ihren Westerfahrungen zu reagieren. Da werden zum Beispiel Planungswettbewerbe veranstaltet, um „Besserverdienende" mit Stadtvillen und Eigenheimen in den bislang noch weitgehend homogenen Wohnkomplexen zu halten, während diejenigen, von denen aufgrund ihrer Bildung und Erfahrung die stärkere Kaufkraft eigentlich erwartet wird, in immer größerer Hast das Weite suchen. Die Tage der üppigen Bergarbeiterzulagen sind vorbei. Dies ist kein Land zum „Besserverdienen" mehr.

Solches Hoffen auf ein irgendwann absehbares Ende der Talfahrt ist das sicherste Indiz für die Untauglichkeit des west-östlichen „Erfahrungstransfers" in dieser Frage (wie in vielen anderen auch). Denn diese Krise ist keine Konjunkturdelle, sondern sie signalisiert einen Epochenbruch. Und niemals zuvor wurde im reichen und allzeit auf „Sozialverträglichkeit" achtenden Westen ein Strukturwandel dermaßen planlos und ungeschützt dem Selbstlauf überlassen ... direkt über dem Abgrund. Zwischen dem Niedergang des „alten" Ruhrgebiets und der kollapsartigen Preisgabe der ostdeutschen Industrien hat sich die Schraube der

gesamtökonomischen Widersprüche offenbar um ein paar entscheidende Windungen weiter gedreht. *„Seit den fünfziger Jahren sind hier [nach Hoyerswerda] über 60.000 Leute hergekommen, um Energiearbeiter zu werden. Eine Stadt voller Leute, die heute nicht mehr gebraucht werden. Dabei hängt ihr Herz nicht so sehr an der Kohle, denke ich, die würden auch aus Solarzellen Energie holen oder aus Scheiße."* Gundermann hatte durchschaut, dass es hier weniger um ein Energie- als um ein Daseinsproblem der „Überflüssigen" geht. *„Übrig bleiben konfuse Ideen, Touristenattraktionen auf der Abraumkippe: Rodelberg, Drachenfliegerhügel, Karl-May-Park. Das kann ab und zu klappen, aber das Prinzip wird nicht funktionieren. Es läuft darauf hinaus, dass die Arbeitslosen ihre Sozialhilfe im Abenteuerland um Hoyerswerda verjubeln, und die Hoyerswerdischen ihre in Ferropolis, der Stadt aus Eisen im mitteldeutschen Revier, und die Anhaltiner Ex-Kumpels verleben ihren vom Arbeitsamt gesponserten Skiurlaub auf der Steinkohlenkippe am Rhein. Andererseits machen wir, die noch arbeiten, an drei Wochenenden im Monat Überstunden. Die einen rackern sich tot. Die anderen langweilen sich tot. Das ist idiotisch. Das ist krank."*
Lauter naheliegende Fragen. Noch nirgendwo Antworten. Tastende Schritte auf unbekanntem Gelände.
***

„Und die Wasser werden steigen und Boote mit weißen und orangenen Segeln über die Plätze und Viertel der Stadt gleiten, Vineta ohne Glocken, und über versunkene Erinnerungen an Kohlenflöze und Quittenblüten und Tellerklirren zur Abendbrotzeit."
Weiß der Himmel, wie die Reimann ausgerechnet auf dieses Traumbild vom anderen Ende der Geschichte kam. Aber es gibt in der Tat kein besseres. „Nach der Braunkohle kommt das Wasser..." heißt es selbstbewußt bei den Ingenieuren von der Bergbau-Nachsorgegesellschaft LMBV, und die schreiben es nicht etwa nur auf Werbeblätter zur touristischen Anpreisung ihrer am Reißbrett projektierten „Folgelandschaften", sondern direkt in einen Fremdenverkehrsprospekt für die Stadt Hoyerswerda. Wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, könnte *Vineta ohne Glocken* nämlich schon bald Wirklichkeit sein: Sobald der allgemeine Grundwasserspiegel im weiten Umkreis der vielen zur Flutung anstehenden Restlöcher wieder auf sein altes, vorindustrielles Niveau ansteigt, laufen in den Wohnblocks von Hoyerswerda-Neustadt die Keller voll. (Einzig für das Warenhaus hatte man sich damals eine kostspielige Betonwanne geleistet.) Jetzt wird, im Wettlauf mit dem Rekultivierungsplan der Tagebaulandschaft, zur lokalen Trockenhaltung der Wohnkomplexe der „Westrandgraben" angelegt, ein äußerst aufwändiges Meliorationsprojekt. Parallel, und eigentlich im Gegensatz dazu, liebäugeln die für Stadtentwicklung zuständigen Planer mit der merkwürdigen Idee, im Elsterbogen zwischen Alt- und Neustadt eine „Grachtenlandschaft" für freizeitbetontes Stadtleben entstehen zu lassen. Ratlosigkeit treibt oft die wunderlichsten Blüten hervor.
Ursprünglich, das heißt vor der Kohle, war die niedere Lausitz eine überwiegend sumpfige, von unzähligen Fließen und Teichen durchzogene Gegend gewesen. Um diesen ertragsarmen Landstrich, *„wo die Kühe mager sind wie das Glück"* (Gundermann), hatten sogar die Mönche und Ritter der Ostkolonisierung einen Bogen gemacht, weshalb sich die letzten Slawen Deutschlands unbehelligt bis in die Neuzeit halten konnten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Ingenieuren der Grube „Erika" bei Lauta, also ganz nahe bei Hoyerswerda, die technische Lösung für die Grundwassersenkung gelungen, wodurch die Niederlausitzer Braunkohleförderung dank der Tagebautechnologie einen europaweit beispiellosen Aufschwung nahm.
Nachdem die großflächige Tiefenaustrocknung ein Ende findet, soll nun, so hofft man, das Ökosystem allmählich wieder in seine Ausgangslage zurück kippen. Aber ob das funktioniert nach so sehr vielen Jahrzehnten? Andere Abhängigkeiten haben sich unter den Bedingungen

der Tagebauwirtschaft eingestellt. Ein stabiler Gesamtwasserhaushalt der Spree vom Oberlausitzer Bergland bis hinab in die Berliner Seenplatte etwa hängt längst von der Zufuhr der unterm Bergbau weggepumpten Wassermengen ab. Jetzt, da immer größere Teile dieses Aufkommens zur raschen Flutung der Gruben genutzt werden, geraten – zumal in trockenen Sommern – flußab gelegene Landschaften in Schwierigkeiten; im Spreewald verlanden die ersten Kanäle. (Rein rechnerisch, heißt es, müsste die Spree in Berlin demnächst rückwärts fließen. Läßt sich ein passenderes Menetekel ausmalen für unsere Gedankenlosigkeiten im Umgang mit der Natur?) Einen glimpflichen Verlauf der Klimakatastrophe für unsere Breiten vorausgesetzt, wird sich irgendwann, wenn die letzten der zahllos projektierten Nachfolgeseen gefüllt sind, auch der Lauf der Spree vielleicht wieder normalisieren. Bis dahin allerdings könnten in den empfindlichen Naturräumen der Flußniederung irreversible Schäden entstanden sein.
Und Hoyerswerda ... wie Vineta versunken?

***

„Wenn es doch bloß eine Idee gäbe, für die sich das Ausharren lohnte." Noch klingt die Tochter des Architekten L. energisch, ungeduldig, doch ihre Augen verraten die Nähe der Resignation. Mit ein paar Freunden kämpft sie für ein waghalsiges Projekt – halb Museum, halb Gründerzentrum, das Ganze wollen sie Konrad Zuse widmen, dem in Hoyerswerda aufgewachsenen Erfinder des Computers, einer internationaler Koryphäe der Wissenschaft. „Diese eine Chance gebe ich der Stadt noch."
Brigitte Reimann hatte ihre Idealbürger für Hoywoy einst als *„Spezialisten für Anfänge, Neuland, Fundamente"* umschwärmt. Wo ist der Stolz der Gründer hin? Musste er mit dem Ende der Produktionsschlachten zwangsläufig verloren gehen? Wie Mehltau liegt heute über dem Selbstbild der Stadt so eine Art schlechtes Gewissen. Selbst in der Festbroschüre des Heimatvereins zum vierzigjährigen Neustadtjubiläum steht über den wilden Tummelplatz der Abenteurer und Glückssucher keine einzige Zeile zu lesen; stattdessen übt man sich in selbstkritischer Sachlichkeit. Als schämte man sich, selbst an so einem Jubeltag, für diesen „Problemfall der Planungsgeschichte". An solchem Kleinmut muss eine Stadtgesellschaft ja zugrunde gehen.
Weil mit der alten Industrie der Mythos vom ehrbaren Arbeitshelden verschwunden ist, braucht dieser abgelegene Ort, an dem früher oder später alle von der *Sakima*, der „Sand- und Kiefernmacke" geplagt werden, heute mehr denn je eine neue Vision. Und zwar eine möglichst kräftige (leider ist mit überraschenden Erdölfunden nicht wirklich zu rechnen). Ob die künftige Bergbau-Folgelandschaft mit ihren schütteren Wäldern und brav modellierten Seen genügend Faszination entwickelt, darf bezweifelt werden. Aus dem *Karl-May-Land*, einer gigantischen Entertainment-Wildnis auf Tagebauhalden, ist nichts geworden (und es gibt Gründe, darüber auch erleichtert zu sein). In dem riskanten Projekt des *Cargo-Lifters* steckt tatsächlich etwas von mitreißender Tollkühnheit, doch als man es ihnen antrug, haben sie es im Hoyerswerdaer Rathaus nicht gewollt; nun schmückt sich ein gottverlassenes brandenburgisches Nest mit den Rekorden. Dafür fiebern inzwischen alle um die Formel I-Lizenz für den *Lausitzring;* das ist jene Autorennbahn auf ehemaligem Grubensand, die dem *Nürburgring* seinen traditionellen Nimbus als deutsches Autosport-Mekka streitig machen soll ... als Zukunftssignal wohl doch eher eine fatale Botschaft. Aber in diese Richtung, auf solche Dimensionen, solche „Verrücktheiten" muss es hinauslaufen. Ohne solchen Stoff, aus dem auch heute noch die Träume von Wagemut und Abenteuer gemacht sind, bleibt die Hauptstadt des einstigen Reviers als aufgelassene Werksiedlung übrig, als biederes Domizil für irgendwann aussterbende Bezieher von Bergmannspensionen. Und dann?

***

Nach Aussage einer Hoyerswerdaer Wohnungspolitikerin kann es letztlich wohl doch nur darum gehen, „der Stadt einen geordneten Rückzug zu ermöglichen“. Was ist an diesem Gedanken so abwegig? Vielleicht ist er die einzige wirklich ernst zu nehmende Konsequenz aus einer ernsten Situation, die in voller Härte zu benennen bislang nur die ewig unbequemen Querulanten auf sich genommen haben: *„Wenn wir traditionell Energie gewinnen, indem wir Heimat verheizen, ist Wärme gewonnen, aber Heimat verloren. Es tut so weh, weil der Konflikt hier in der Lausitz Mann gegen Mann abläuft: Bergleute, die für ihre Arbeitsplätze demonstrieren, stehen gegen Dörfler, die ihre Lebensplätze verteidigen. [...] Es tut nicht so weh, Bier aus Büchsen zu saufen – weil die Wüsten, die der Bauxitabbau verursacht, sich in Brasilien ausbreiten und auch die industriekranken Kinder, die für fünfzig Pfennig pro Schicht in die Mine gehen, weit weg sind. Also bin ich regelrecht dankbar für den Konflikt hier Mann gegen Mann. Er drückt auf das Bewußtsein. Brasilien drückt auf kein deutsches Bewußtsein.“*

Gundermann, der Baggerfahrer, hatte in unzähligen Tagebauschichten sein schlechtes Gewissen in produktive Nachdenklichkeit verwandelt. Der Funktionswandel seiner heimatlichen Landschaft, diese vor der eigenen Tür, an der eigenen Biografie erlebte Variante des Epochenbruchs wurde schließlich zu seinem Lebensthema. *„Da blieb die alte Werksuhr steh’n“*, für immer: das Ende des Gebrauchtwerdens. Gundermann hat das Loslassen geübt, wieder und wieder. Und ist darüber gestorben. Nicht gerade eine ermutigende Botschaft für die Nachwelt.

Sein Tagebau Spreetal, gleich hinter der Stadtgrenze von Hoyerswerda, ist inzwischen zur Hälfte geflutet. Die flachen Hänge der zukünftigen Ufer sind mit rötlichem, gelblichem, schwärzlichem Sand wüstenhaft überweht oder zu den abenteuerlichsten Steilwandformationen erodiert. Dahinter breiten sich endlose Grasländereien, hier und da von Kieferndickichten malerisch umfasst. Über den westlichen Horizont recken sich letzte, wie vergessene Gerüste von Förderbrücken und Baggerauslegern, nach Norden hin glänzt die mattsilberne Riesenhülle des neuen Kraftwerks Schwarze Pumpe wie ein verirrt gelandetes Ufo. Im Vordergrund grasen ein paar Przewalski-Urpferde, hinter dem nächsten Abhang eine Herde Auerochsen, auch auf zottige Galloway-Rinder kann man stoßen. *Terra Nova* heißt das Projekt, das aus dem Nachlass des gescheiterten *Karl-May-Landes* die Tierbestände übernommen und nun nach eigenem Konzept in die freie Landschaft gesetzt hat. Ein hinreißendes Panorama. Was stört, sind einzig die Umzäunungen der Weideflächen. Ansonsten wäre die Illusion perfekt: Entleerte Landschaft, die Wildnis kehrt zurück.

Nein, natürlich kehrt hier keine wirkliche Wildnis zurück. Aber immerhin ein Bild, vor dem man sich der Frage einmal stellen kann. Loslassen üben. *Vineta* einmal zu denken versuchen. Mit der Hoffnung spielen, dass es sich auch lohnen könnte, den „geordneten Rückzug“ anzutreten.

Denn wahrlich, es gibt Schlimmeres. Den ungeordneten Rückzug beispielsweise, die langsam knirschende Auflösung ...

Veröffentlicht in: „Neue Landschaft. Sachsen.“ Hrsg. von Wolfgang Kil im Auftrag der Architektenkammer Sachsen. Dresden (Verlag der Kunst) 2001, nachgedruckt in „Bauwelt“ 24/2001 (Stadtbauwelt 150)

Zitate aus Brigitte Reimann: Franziska Linkerhand, Erstausgabe Verlag Neues Leben Berlin, 1974; ungekürzte Neuausgabe, Aufbau-Verlag Berlin, 1998
sowie „Ich bedaure nichts – Tagebücher 1955-1963“, Aufbau-Verlag Berlin, 1997
und „Alles schmeckt nach Abschied – Tagebücher 1964-1970“, Aufbau-Verlag Berlin, 1998.
Zitate von Gerhard Gundermann aus: „Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer – Gespräche mit Hans-Dieter Schütt“, Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag Berlin 1996
sowie Songtexte aus der CD „Frühstück für immer“ Buschfunk-Productions Berlin 1995

GEORDNETER RÜCKZUG
Das Zukunftsthema von Hoyerswerda heißt Schrumpfung
Wolfgang Kil

Kaum jemand denkt, wenn der Name Hoyerswerda fällt, an das Niederlausitzer Landstädtchen – rund um eine kleines Schloß ein kaum mehr als dörflicher Marktflecken, der es in sechshundertjähriger Geschichte auf nicht einmal 10.000 Einwohner brachte. Seit rund fünfzig Jahren ist dieser Flecken nun obendrein in den Schatten gerückt – als *Altstadt*. Denn seither denkt jeder, wenn er Hoyerswerda hört, ganz selbstverständlich an die *Neustadt*: an die „zweite sozialistische Stadt der DDR". Als Wohnstadt für die nahegelegene Tagebaue, die Kraftwerke und die Braunkohle-Veredelungsindustrie in Schwarze Pumpe geplant, kam deren Baubeginn 1955 tatsächlich einer Stadtneugründung gleich. Bis Anfang der achtziger Jahre wuchs die Bewohnerzahl auf reichlich 70.000, Hoyerswerda konnte sich somit als heimliche „Hauptstadt des Lausitzer Reviers" fühlen.
Als unlängst Eisenhüttenstadt, die „erste sozialistische Stadt", ihr fünfzigstes Gründungsjubiläum feierte, hat sogar der Bundeskanzler die Verdienste der Gründergeneration und zugleich die Zukunftsfähigkeit ihrer damaligen Planung gewürdigt. In der Tat lässt sich diese älteste Stadtgründung der DDR heute – zumindest in ihren zentralen, strikt nach dem Kanon der „16 Grundsätze" entworfenen Bereichen – als behäbige, aber durchaus funktionierende Kleinstadt beschreiben. Als dem „sozialistischen Modellprojekt" der Sozialismus abhanden kam, konnte es in die Zeitlosigkeit entkommen ... die urbane Typologie, welche ihm zugrunde lag, war durch und durch der Tradition verhaftet.
Hoyerswerda wurde anders. Nur fünf Jahre später geplant, galt hier bereits ein völlig neues Leitbild: Nicht mehr um „Stadtbaukunst" wurde gestritten, sondern um die „Industrialisierung der Bauprozesse". Hoyerswerda-Neustadt war die erste Großsiedlung der DDR, die ausnahmslos in Montagetechnologie entstand. Im ersten Wohnkomplex (WK I) kann man die viergeschossigen Hausexperimente noch dicht nebeneinander vergleichen: anfangs in Großblock-Bauweise, bald schon komplett mit geschosshohen Platten zusammenmontiert. Noch von Steildächern bedeckt, die Wohnzimmerfenster riesig wie später nie wieder, die Eingänge letztmalig von profilierten Gewänden sorgfältig gefasst. In den nachfolgenden Baufeldern (vor allem WK III und IV) kamen dann die Folgen allzu rigider Technologenherrschaft zum Vorschein: Sture Gebäudefluchten, einfalls- und spannungslos aneinander geschaltete Freiräume verrieten das „Diktat der Kranbahn", das Ende aller malerischen Stadtkomposition. Völlig neu zu verkraften war zudem die gestalterische Monotonie der getypten Wohnblöcke. Harte Einsparungen an Folgeeinrichtungen[1] sorgten auch funktional für ein wenig abwechslungsreiches Lebensmilieu. Dies alles provozierte bald Widerspruch, selbst unter Fachleuten, die ansonsten zu den Befürwortern einer rationellen Wohnungsproduktion zählten.[2]
Nimmt man diesen harten Modernisierungskurs – also den Wandel weniger der Form als vielmehr der bautechnologischen Basis – zum Kriterium, so muss eigentlich Hoyerswerda als *das* städtebauliche Signum jener vollkommen andersartigen Gesellschaft, der von Zentralismus und Planwirtschaft geprägten DDR, gelten. Dieser zweiten Neustadt wird der Sprung in die Zeitlosigkeit nicht so ohne weiteres gelingen.

***

Seit der „Wende", die der Lausitzer Braunkohle (bis auf kleine Restförderquoten) das radikale Aus beschert hat, stehen die Zeichen für Hoyerswerda nicht mehr allzu günstig. Auch wenn in Schwarze Pumpe unlängst das modernste Braunkohlekraftwerk Europas und anstelle der ehemaligen Veredelungschemie nun eine „hochthermische Abfallentsorgungsanlage" in Betrieb genommen wurden ... in der „heimlichen Hauptstadt des Reviers" sind die

Krisensymptome unübersehbar geworden. Keine noch so ambitionierte Neuinvestition kann den Wegfall zehntausender Stellen im Bergbau und im Gaskombinat ausgleichen. Das Damoklesschwert der industriellen Monostruktur ist auf die einst gefeierte Arbeiterwohnstadt herabgestürzt. Mit kapp 25 Prozent führt Hoyerswerda die Arbeitslosenstatistik des Amtsbereichs Bautzen an. Ganz dezent war ein Rückgang der Einwohnerzahlen schon vor der „Wende“ aufgetreten[3], doch seit den letzten fünf Jahren ist eine massive Abwanderungswelle zu verzeichnen: 15.000 Neustädter, also über 20 Prozent, haben sich schon davongemacht – teils mit Bausparvertrag in die umliegenden Dörfer, teils auf Arbeitssuche in die Altbundesländer. Als Folge dieser demografischen Katastrophe laufen einige Komplexe der Neustadt sichtbar leer. Die aktuelle Quote nennt etwa 5.000 Wohnungen über den Bedarf, realistische Prognosen erwarten für das kommende Jahrzehnt noch einen Anstieg auf bis zu 8.000. Dann dürfte sich die Gesamtbevölkerung aus Hoyerswerdas besten Tagen etwa halbiert haben.

Noch nie war folglich eine Mieterschaft derart umworben, noch nie wurde mit Sanierungsaufwand, Wohnumfeldverbesserung und Preisdumping[4] derart um Anreize zum Bleiben gekämpft. In wilden Verschönerungsaktionen hat man einigen Plattenblöcken allerhand nette Accessoires (Scheindächer, Balkonvolieren, Farbmuster) anzuhübschen versucht. In einem Irrsinnskraftakt wurde ein Waschbeton-Elfgeschosser zu einem Metallic-Achtgeschosser umgemodelt. Doch gegen die Folgen des radikalen Strukturwandels hilft keine Ästhetik. Generell unbeliebt sind die Hochhäuser (zumindest in ihren unteren Etagen), ansonsten gilt: Je älter ein Wohnkomplex, desto höher seine Akzeptanz. Das mag an den anfänglich großzügigeren Grundrissen oder einer solideren Bauausführung liegen; es könnten aber auch die geringere Dichte der frühen Quartiere und ihre üppigere Durchgrünung sein, also eine offenkundige Vorliebe für das Modell „Parkstadt“. Nur erwächst gerade daraus den Wohnungsbetreibern ein Problem: Während sich die abgeschriebenen Bestände noch relativ sicher vermieten lassen, wächst in den jüngeren, noch längst nicht amortisierten Quartieren der Leerstand[5]. Wenn also am Ende Abrisse unvermeidbar werden ... wo anfangen?

Womit wir beim eigentlich heiklen Thema sind: Ja, in Hoyerswerda hat der Abriß von Plattenbauten schon begonnen. Im WK VIII ist in der Staufenberg-Straße ein halber Fünfgeschosserblock spurlos verschwunden. Gleich um die Ecke wird ein ebenso langer Riegel mit 124 Wohnungen demnächst vier „Stadtvillen“ mit 24 Wohnungen[6] weichen. Doch das ist erst der Anfang. Im „Elsterbogen“, der parkartigen Grünzone zwischen Alt- und Neustadt, steht ein ganzes Quartier der Jahrgänge 1961-65 komplett leergezogen und mit vernagelten Fenstern ... eine Gespensterstadt, die ebenfalls Platz für „Stadtvillen“ bieten soll. Auch die beiden riesigen Elfgeschosser hinter und neben dem Warenhaus werden fallen, immerhin bieten sie für Neustadt absolute Spitzenlage, also werden sich hier Ersatzbauten für Handel oder Dienstleistung noch irgendwie rentieren. Soweit die bislang „geklärten“ Fälle. Was aber soll mit dem knappen Dutzend Hochhäuser direkt hinter dem Zentrum werden? Mit ihrer imposanten Silhouette machen sie die Wilhelm-Külz-Straße zur Großstadtmagistrale, doch bei genauerem Hinsehen sind auch sie nur noch höchstens zur Hälfte bewohnt.

Man redet in Hoyerswerda ungern von Abriss, nicht mal „Rückbau“ wird gerne gehört. „Wir erhöhen die Wohnqualität in den allzu gedrängten Quartieren“, heißt es unisono in der Bauverwaltung wie im unabhängigen Planerbüro, „wir wollen nur punktuell eingreifen. Unsere Strategie heißt ‚Entdichtung‘.“ Diese Zurückhaltung ehrt die Verantwortlichen vor Ort, hoffentlich hält ihre Behutsamkeit dem rasanten Absturz der demografischen Kurve stand. Denn angesichts der extremen Deindustrialisierungsfolgen hat die sächsische Staatsregierung nun beschlossen, sich an notwendigen Abrisskosten zu beteiligen. Siebzig Prozent einer „ordentlich geplanten“ und hieb- und stichfest begründeten Rückbaumaßnahme übernimmt die landeseigene Aufbaubank. Das verbleibenden Drittel kann die Kommune dazugeben, was der wiederum einen Rest an Verhandlungsspielraum betreffs

Folgemaßnahmen (im Sinne eines städtebaulichen Vertrages) verschafft. 100 Mark werden in Dresden für den Abrißquadratmeter veranschlagt, was etwa 600 Millionen Mark Gesamtförderkosten für den Freistaat bedeuten würde.[7] Bisherige Erfahrungen in Hoyerswerda belaufen sich aber bis auf 300 Mark pro Quadratmeter. Und was auch nach der Hausentsorgung an den Eigentümern hängen bleibt, sind die Rest-Buchwerte (sozusagen als Spekulationsverlust vom großen Gesellschaftsspiel „Sozialismus") sowie die immer noch anhängigen „Altschulden" (als sturer Unwille der alten Bundesländer, den Wohnungsmarkt des Ostens nach zehn Jahren endlich in ruhigeres Fahrwasser zu entlassen[8]). Eine Kalkulation mit so vielen Variablen gleicht einem Spiel mit dem Feuer: Ein möglicher Konkurs der – in aller Regel mit riesigen Beständen gesegneten – Wohnungsgesellschaften würde, so die finstere Vorhersage von Staatssekretär Albrecht Buttolo, „zur Zerstörung des ostdeutschen Wohnungsmarktes insgesamt führen".[9]

***

Also wird Gundermann recht behalten? Der unvergessene Rockpoet aus dem Tagebau hinterließ auf seiner letzten CD die apokalyptische Hymne „Frühstück für immer", mit der bittersten aller Schlußzeilen: *Der Ofen ist aus im Eisenland !!!*
Hoyerswerda zählt – neben Schwedt, Guben, Wolfen oder Stendal – zu den vom Bevölkerungsrückgang in den ostdeutschen Ländern am stärksten betroffenen Orten. Wo die DDR unter unsäglichen Kraftanstrengungen Industriepolitik zugunsten einiger traditionell strukturschwacher Landesteile betrieb, stellt ein nun sich selbst überlassener Markt oft nichts als den *Status quo ante* wieder her, also die dünn besiedelte, ärmlich dahindämmernde Krisenregion ... was für die damals schnell, wahrscheinlich zu schnell gewachsenen Industrie-Wohnstädte weitab der Ballungszentren heute eines bedeutet: Sie sind schlicht überflüssig.
Also, nachdem der letzte Tagebau geflutet ist, auch noch die Wälder freigeben für Wisente, Bären und Wölfe?
Nicht Wachstum, sondern Schrumpfung als Entwicklungsziel – in der manchenorts inzwischen aufscheinenden Radikalität ist das eine tatsächlich schmerzhafte Perspektive: Für die hier zu erwartenden Prozesse fehlt es bisher an Know-how und Instrumenten. Es fehlen sogar die nötigen Freiräume im Denken. Noch immer versuchen Planer und Politikberater auf die Krisensymptome des immer noch nicht „erblühten" Ostens mit ihren Westerfahrungen zu reagieren. Da werden Wettbewerbe zur sozialen Ausdifferenzierung der immer noch weitgehend homogenen Wohnkomplexe veranstaltet[10], von denen schon bei Drucklegung der Dokumentation jeder weiß, dass sie im Orkus der Archive verschwinden. Da grübelt man über eine Identitätsannäherung zwischen Alt- und Neustädtern nach, obwohl nicht die rasch durchsanierte Altstadt das Problemviertel ist, und ein Bleibemotiv für Neustädter doch vielleicht gerade aus einer spezifischen Neustadt-Identität heraus zu erwarten wäre.
Überhaupt wird das Selbstgefühl, ein „Neustädter" zu sein, viel zu gering geschätzt ... selbst in einer Festbroschüre des Heimatvereins zum vierzigjährigen Gründungsjubiläum[11] wird die Neustadt vor allem als Problemfall der Planungsgeschichte verhandelt. Und wozu bloß die administrative Umbenennung der altvertrauten Wohnkomplexe! Die Bewohner scheren sich sowieso nicht drum, im Gegenteil: Im weit abgelegenen WK X schmücken sie mit dem „missliebigen" Kürzel nun demonstrativ jede Kneipe und – natürlich – den Jugendclub: *Black is beautiful.*
Wenn denn tatsächlich unter den Neustädtern selbst heute noch ein Rest jener verwegenen Mentalität aus der wilden Zeit der Großbaustellen anzutreffen sein sollte, dann wäre genau dies das letzte Pfund, mit dem sich für eine Zukunft der Stadt wuchern ließe. Weil mit der alten Industrie auch der Mythos vom ehrbaren Arbeitshelden verschwunden ist, braucht dieser abgelegene Ort in seiner Sand- und Kiefernödnis heute mehr denn je eine neue Vision. Und

zwar eine möglichst kräftige, denn Verlockungen, um von hier wegzugehen, gibt es mehr als genug. Ob die künftige Bergbau-Folgelandschaft mit ihren schütteren Wäldern und brav modellierten Seen genügend Faszination entwickelt, darf bezweifelt werden. Aus dem *Karl-May-Land*, einer gigantischen Entertainment-Wildnis, ist nichts geworden. Das tatsächlich mitreißende Projekt des *Cargo-Lifters* haben sich andere gesichert. Jetzt fiebern alle um die Formel I-Lizenz für den *Lausitzring* (der allerdings auch hinter der nahen Landesgrenze, in Brandenburg liegt). Aber in diese Richtung, auf solche Dimensionen muss es hinauslaufen. Ohne solchen Stoff, aus dem auch heute noch die Träume von Wagemut und Abenteuer gemacht sind, bleibt die Neustadt als aufgelassene Werksiedlung übrig, ein bescheidenes Domizil für biedere Bezieher von Ruhegeld.
Das alles zu bewältigen, sind Planer und Architekten hoffnungslos überfordert. Aber sie könnten sich, wie *Franziska Linkerhand*, die Heldin aus Brigitte Reimanns Roman, als einfühlsame Seismographen vor Ort bewähren. Ansonsten ist dringend die Phantasie der Politik gefragt, und sei es nur, um „der Stadt einen geordneten Rückzug zu ermöglichen“[12]. Wahrlich, es gäbe Schlimmeres. Den ungeordneten Rückzug beispielsweise, die langsam knirschende Auflösung ...

Zuerst erschienen in: Deutsches Architektenblatt, Stuttgart, Nr. 10/2000
Nachdruck gekürzt in: FREITAG 51/2000

---

[1] Auf ein richtiges Zentrum warteten die Neustädter fast 20 Jahre. Das Warenhaus wurde 1968, die Stadthalle aber erst 1984 fertig. Die einzige kleine Schwimmhalle mußte mit abenteuerlichen Erpressermethoden von der Berliner Zentrale ertrotzt werden.

[2] Unübertrefflich eindrucksvoll sind diese Konflikte in dem Roman Franziska Linkerhand von Brigitte Reimann beschrieben worden. Hier wird von den oft ausweglosen berufsethischen Konflikten einer jungen Architektin erzählt, die sich aus freien Stücken zur Arbeit in Hoyerswerda gemeldet hat. Die Autorin hat dort selbst von 1960 bis 1968 im WK I gelebt.

[3] Durch den Wegzug vieler Bauarbeiter zu anderen Großbaustellen, vornehmlich nach Ostberlin, aber auch durch die Ausreise- und Fluchtwellen nach dem Westen sank die Bevölkerung Hoyerswerdas bis 1990 bereits auf etwa 65 000.

[4] Ein sanierter Quadratmeter ist für 1.040 Mark zu erwerben, was aber trotzdem kaum Privatisierungserfolge zeitigt – die Banken verhalten sich bei Finanzierungsmodellen extrem restriktiv.

[5] Längerfristiger Leerstand verursacht neben den Mietausfällen auch noch ungedeckte Betriebskosten von ca. 2.000 Mark pro Wohnung und Jahr.

[6] Wie es heißt, sollen sich diese privilegierten Wohnungen auch nicht gut verkaufen, aber spielend vermieten lassen.

[7] Da diese Fördermodalitäten für alle Landesteile gelten, drängt sich der Verdacht auf, der erleichterte Abriss besonders von Plattenbauten soll dem drohenden Wertverfall des (ebenfalls mit Fördergeldern) auf Halde produzierten privaten Neubauvolumens, vor allem in den zahlreichen Wohnparks am Rande der Großstädte, entgegenwirken. Für akute Krisenstandorte wie Hoyerswerda stellt die gefunden Regel allerdings einen Rettungsanker dar.

[8] Bei der Bundesratsinitiative Sachsens, für nachweisbar strukturell nicht privatisierbare, auf Dauer kaum vermietbare oder gar abzureißende Wohnungsbestände die Altschulden zu erlassen, ist nach Auskunft von Hinrich Lehmann-Grube, Mitglied der Expertenkommission beim Bundesrat, noch nicht der Schimmer einer Aussicht auf Erfolg zu erkennen.

[9] Zit. aus FAZ vom 12. 7. 2000

[10] „Von der Wohnsiedlung zur Stadt“, Internationaler Ideenwettbewerb der Stadt Hoyerswerda, 1997, Erster Preis: Castro & Denissof, Paris

[11] Gesellschaft für Heimatkunde e.V. Hoyerswerda (Hrsg.): „Anspruch und Wirklichkeit. 40 Jahre Hoyerswerda-Neustadt 1955-1995“

[12] Margitta Faßl, Geschäftsführerin der Hoyerswerdaer Wohnungsgenossenschaft, zit. aus der FAZ vom 12.7.2000

WORKING PAPERS

I IVANOVO ..... I.1 Studien / Studies 1 (rus/dt)
I.2 Studien / Studies 2
I.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

II MANCHESTER / LIVERPOOL ..... II.1 Studien / Studies 1
II.2 Studien / Studies 2
II.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

III DETROIT ..... III.1 Studien / Studies 1
III.2 Studien / Studies 2
III.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

IV HALLE / LEIPZIG ..... IV.1 Studien / Studies 1
IV.2 Studien / Studies 2
IV.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

V STÄDTE IM VERGLEICH / CITIES BY COMPARISON

VI KULTURELLE STUDIEN / CULTURAL STUDIES ..... VI.1 Musik / Music
VI.2 Film
VI.3 Literatur / Literature
VI.4 Vandalismus / Vandalism
VI.5 Eigentum / Property
VI.6 Rechtsextremismus / Right-wing Extremism

VII VERMISCHTES / MISCELLANEOUS

Im Frühjahr 2006 erscheint außerdem *Shrinking Cities: Complete Works 2, Interventionen/Interventions,* die die zweite Phase des Projekts dokumentieren.

Shrinking Cities: Complete Works 2, Interventionen/Interventions, a documentation of the second phase of the project, will be published in spring 2006.

Editorische Notiz/Editorial note

Die Beiträge wurden so wie von den Autoren zur Verfügung gestellt ohne redaktionelle Bearbeitung publiziert. Das Copyright liegt bei den Autoren. Fast alle Pdfs sind im A4 Format (vertikal) und können zum lesen und archivieren auf jedem Drucker ausgedruckt werden.

The contributions were published as supplied by the authors and have not undergone any additional editing. The copyright lies with the authors. Almost all of the PDFs are in A4 (portrait) format and can be printed on any printer to be read and archived.

Impressum/Colophon

Shrinking Cities: Complete Works 1, Analyse/Analysis. Herausgeber und Konzeption: Philipp Oswalt im Auftrag der Kulturstifung des Bundes. Unter Mitarbeit von: Andrea Andersen und Kristina Herresthal. Grafik: Tanja Wesse und Hansjakob Fehr. Erschienen im Arch^{+} Verlag GmbH, www.archplus.net

---

Shrinking Cities: Complete Works 1, Analyse/Analysis. Edited by: Philipp Oswalt for the Kulturstifung des Bundes. With the assistance of: Andrea Andersen and Kristina Herresthal. Graphic design: Tanja Wesse and Hansjakob Fehr. Published by: Arch^{+} Verlag GmbH, www.archplus.net